

Bezugspreis: Vierteljährl. 30.- M., monatl. 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Quartals 30.- M., einzeln, Zustellungsgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Ostpreußen, Ost- und Westpreußen, Danzig, das Saar- und Elsassgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Rumänien 30.- M. für das übrige Ausland 40.- M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Wort und Welt", der Unterhaltungsbeilage "Heimwelt" und der Beilage "Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 27. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die abgesetzten Anzeigenblätter kosten 5,50 M. "kleine Anzeigen" das fertige Blatt 1,50 M. (schon für zwei fertige Blätter) jedes weitere Blatt 1.- M. Einmalige und Schlussanzeigen das erste Blatt 1.- M., jedes weitere Blatt 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 2.- M. Die Texte versehen sich einschließlich Anzeigenaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Druckerei-Betrieb, Berlin SW 68, Eichenkr. 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Optimismus in London.

London, 26. Juli. Wie Reuters erfährt, haben die britische und die französische Regierung nunmehr ein Einverständnis über die Fragen von prinzipieller Bedeutung erreicht, die mit Oberschlesien in Zusammenhang stehen. Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die französische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt. Die britische Regierung hat den Vorschlag angenommen, vor dem genannten Zeitpunkt eine Sachverständigenkonferenz stattfinden zu lassen, und um den Wünschen Brlands entgegenzukommen, hat sie dem zugestimmt, daß die Konferenz des Obersten Rates in Paris stattfindet. Die britischen Sachverständigen, Sir Cecil Hurst, Rechtsbeirat des Auswärtigen Amtes, Tuston, Vorstand des Mitteleuropäischen Departements, und Waterlow, Mitglied dieses Departements, sind heute abend nach Paris abgereist. Eine Reise der Benannten nach Oberschlesien wird nicht in Erwägung gezogen. Als Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen ist eine viel bessere Atmosphäre geschaffen worden. In der Tat besteht jeder Grund zu der Annahme, daß die oberschlesische Frage sich auf dem besten Wege zur Lösung befindet und daß weitere Mißverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines anderen Punktes wohl kaum entstehen werden.

Die Pariser Konferenz ohne Lloyd George.

London, 26. Juli. (WIB.) Reuters meldet amtlich, der Oberste Rat wird am 4. August in Paris zusammentreten. Lord Curzon und Balfour werden England auf der Konferenz vertreten. Lloyd George werde wahrscheinlich nicht zugegen sein.

Oberschlesien im Unterhaud.

Paris, 26. Juli. Wie der Londoner Korrespondent des "Newport Herald" meldet, hat gestern im englischen Unterhaus im Anschluß an die Erklärung Lloyd Georges, er werde am Donnerstag eine Mitteilung über die oberschlesische Frage machen können, Oberst Bedwood die Anfrage an die Regierung gerichtet, ob sie sich bemühe, daß auf allen Seiten des Hauses starke Opposition gegen das Vorgehen der Franzosen in Oberschlesien bestehe. In dem allgemeinen Lärm sei auch der Widerspruch der Minister vernehmbar geworden.

Trotki Lebensmitteldiktator.

Helsingfors, 26. Juli. (EP.) Nach Meldung der "Pravda" sollen die Brotalloktionen in Petersburg und Moskau nach und nach gänzlich aufhören. Die Lebensmittelkarte hat den Höhepunkt erreicht, und die Sowjetbehörden fürchten mehr als je einen konterrevolutionären Putsch. Trocki ist zum Lebensmitteldiktator ernannt worden.

Ein Aufruf der Menschewiki.

Aus Bad Berka geht uns folgendes Telegramm der Auslandsvertretung der russischen Sozialdemokraten (Menschewiki) zu: "Angesichts der in Rußland ausgebrochenen Hungersnot, die die Arbeiterklasse Rußlands mit physischem Untergang bedroht, richten wir auf Veranlassung unserer Partei an alle Arbeiterparteien und Organisationen Deutschlands das dringende Ersuchen, unverzüglich ein Arbeiterkomitee aus Vertretern aller Richtungen zu bilden, welches die Hilfsaktion in Deutschland organisieren und anführen soll. Wir wenden uns gleichzeitig auch an den Internationalen Gewerkschaftsbund mit dem Ersuchen, die Initiative zu der Organisation einer internationalen Hilfsaktion zu ergreifen."

Auslandsvertretung der Soz.-Dem. Arb.-Partei Rußlands, gez.: Abramowitsch.

Keine Ausfuhrabgabe an Japan.

Tokio, 25. Juli. (WIB.) Die japanische Regierung hat die Absicht, eine 20prozentige Abgabe von den in Japan einzuführenden deutschen Waren zu erheben, endgültig aufgegeben.

Abrüsten oder zahlen!

Paris, 26. Juli. (WIB.) Havas meldet aus Washington, Senator Borah habe im amerikanischen Senat den Antrag gestellt, daß die Zahlung der Schulden der Alliierten bis nach der geplanten Abrüstungskonferenz aufgeschoben werde. Wenn die auswärtigen Regierungen nicht in der Lage seien, sich mit den Vereinigten Staaten über das Abrüstungsprogramm zu einigen, werde das der amerikanischen Regierung ein Recht geben, auf der pünktlichen Bezahlung ihrer Schulden und Zinsen zu bestehen. Wenn die Regierungen fortführen, erhebliche Summen für ihre Rüstungen auszugeben, würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich eine andere Politik einschlagen. Frankreich sei gegenwärtig die am meisten militärische Nation. Seine Armee von 800 000 Mann sei übermäßig stark. Auch England gebe ungeheure Summen für seine Armee und Marine aus.

worden. Auf die Anfrage, ob eine der alliierten Mächte ihre Truppen in Schlesien verstärken könne, ohne sich mit den anderen in Verbindung zu setzen, habe die Regierung geantwortet, daß sie diese Frage vor ihrer Beantwortung prüfen müsse.

Verschärfung der Lage in Oberschlesien.

Oppeln, 26. Juli. (WIB.) Die Lage im Kreis Rybnik hat sich verschärft. Hauptächlich in der Stadt selbst, jedoch auch durch Zuzug aus Kongregpolen, auffallend schnell. Der polnische Kreisbeirat in Rybnik hält nach wie vor die Gewalt in den Händen und scheidet sogar Fragebogen an die einzelnen Gutsbesitzer welche die Anzahl der Bewohner, Menge des Getreides, Anzahl des Viehs und Uebersichten über die Größe der einzelnen Gutsbesitzer betreffen. Die Emmagrube hielt vor einigen Tagen eine Belegschaftsversammlung ab, in der von den Polen beschloffen wurde, sämtliche deutschen Beamten herauszuwerfen. Die Donnerstagsgrube wird von bewaffneten Insurgenten besetzt gehalten. In Rybnik ist neuerdings auch der bekannte Polensführer Rojanski wieder aufgetaucht. Er war bis zum Beginn des letzten Aufstandes polnischer Plebiszitkommissar in Rybnik. Alle Jäden der polnischen Kampfgesellschaften laufen augenblicklich nach Neudorf, östlich Tarnowitz, an der polnischen Grenze. In Coslau haben jetzt rund 80 deutsche Familien die Stadt verlassen. In Rybnik ist die Zahl noch höher. Nach Dzierzowitz wird auf Befehl des italienischen Obersten Salvioni in Kolibor eine Kompanie Italiener geleitet werden. In Rauden ist ein Zug französischer Husaren eingetroffen.

Das verschleppte Eisenbahnmateriel.

Kattowitz, 25. Juli. (Dema.) Die Eisenbahndirektion Kattowitz ist nach wie vor ständig bemüht, die von den Insurgenten nach Polen verschleppten Lokomotiven und Waggons zurückzuerhalten. Wie einwandfrei festgestellt werden konnte, steht das geraubte Eisenbahnmateriel unbenutzt auf der Grenzstation Sosnowice. Die polnischen Behörden haben bis heute die Zurückgabe des unrechtmäßig erbehaltenen Eisenbahnmateriels verweigert.

Die Lasten der Besatzung.

Den WPR wird geschrieben: Ein verwunderliches Besatzungsbild zeichnete der belgische Finanzminister über die Besatzungsheere. Nach seinen eigenen Angaben kostet pro Tag jeder einzelne Mann im amerikanischen Heer 4 Dollar 32 Cents, im englischen Heer 13 Schilling 4 Pennys, im französischen Heer 15 Franks 19 Centimes und im belgischen Heer 16 Franks 9 Centimes. Was bedeutet das für Deutschland? Ein einfaches Rechenexempel deutet die große Bürde auf: Es kostet ein amerikanischer Soldat im Monat 130 Dollar oder durch Durchschnittsurs 9080 M., in der gleichen Einkommenshöhe bewegt sich die Löhnung der englischen Soldaten. Der französische wie der belgische Soldat empfängt (den Franks im Durchschnitt gerechnet) im Monat je 8120 M. Erst durch diese Zahlen werden die unerhörten Einkommen im Vergleich zu dem Einkommensverhältnis der deutschen Bevölkerung in das wahre Licht gesetzt. Wir können derartige Monatslöhnungen nur in Vergleich zu unseren Ministergehältern setzen, aber auch da nur, wenn man ihnen nicht die hohen Steuern auf das Einkommen abzieht. Geht das jedoch, so sinkt das Minister Einkommen weit unter die Monatslöhnung eines einfachen Soldaten des Besatzungsheeres.

Nach viel sichtbarer wird die gewaltige Bürde, die die Besatzung auf das deutsche Volk legt, wenn die Gesamtziffern annähernd wiedergegeben werden. Vor einigen Wochen wurde von den alliierten Regierungen durch die Kriestkostenkommission die Höhe ihrer Ausgaben in einer einzigen Zahl genannt: es sind von den Alliierten für den Unterhalt ihrer Truppen ausgegeben worden: 3,5 Milliarden Goldmark. Die tatsächlichen Ausgaben bis zum heutigen Tage belaufen sich auf rund 6,8 Milliarden Papiermark. Dieser Betrag wird aber noch wesentlich erhöht durch die rückständigen, noch nicht festgestellten und angeforderten Requisitionen usw. Wenn man annimmt, daß die aus dem Etatsjahr 1919/20 verbleibende Reserve, von etwa 5 Milliarden damit beglichen wird, so würden von deutscher Seite für die Besatzung rund 12 Milliarden Papiermark geleistet sein. Hierzu kommt der Aufwand der alliierten Staaten mit 3,5 Milliarden Goldmark, oder nach dem heutigen deutschen Reichsmarkwert 45-50 Milliarden Papiermark. Die Gesamtlast des Unterhalts der Besatzungstruppen seit Waffenstillstand würde demnach also im Durchschnitt etwa 55 bis 60 Milliarden Papiermark ausmachen.

Französische Pressfreiheit in Deutschland.

Man meldet uns aus Düsseldorf, daß die "Düsseldorfer Zeitung" von der Besatzungsbehörde für drei Monate wegen eines politischen Artikels, der sich gegen die Franzosen richtete, verboten worden ist. In den Teilen Oberschlesiens, wo die Franzosen regieren, dürfen, wie man uns telegraphisch meldet, die deutschen Zeitungen die deutsche Antwort an die französische Regierung nur mit großen Mühen veröffentlichen. Der systematische Kampf gegen die deutschen Zeitungen hat dahin geführt, daß der "Kattowitzer Anzeiger" gemwungen wurde, sein Erscheinen einzustellen. Das "Kattowitzer Morgenblatt" ist abermals auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Planlose Wirtschaft.

Von Otto Hue.

Kann sich der Normaldeutsche vorstellen, daß in seinem Vaterlande wertvolle industrielle Rohstoffe jetzt ungenutzt liegen bleiben, während man in unzähligen amtlichen und privaten Publikationen die Volksgenossenschaft auffordert, mit Rücksicht auf Geldentwertung und Kriegslasten die einheimischen Produktionsmöglichkeiten intensiver zu steigern, den Import so viel wie nur eben möglich einzuschränken? In der Tat geschieht eine Brachlegung einheimischer Rohstoffquellen, worauf wir die breite Öffentlichkeit nun nachdrücklich aufmerksam machen möchten.

Alle Welt weiß, daß Deutschland durch den Krieg sein weitaus wichtigstes Eisenenergiegebiet, Lothringen, verloren hat. 1913 betrug die deutsche Eisenerzförderung 28,6 Millionen Tonnen, wovon 21,1 allein aus Lothringen stammten, gleich rund 70 Proz. In den nach dem Krieg noch Deutschland verbliebenen Eisenerzgebieten wurden 1913 nur 7,5 Millionen Tonnen mit einem Eisengehalt von nur zirka 2,4 Millionen Tonnen gewonnen. Damit 1913 die Roheisenproduktion von 19,3 Millionen Tonnen erzielt werden konnte, verhiüteten unsere Eisenwerke außer fast 26 Millionen inländischer noch fast 12 Millionen Tonnen ausländischer Eisen- und manganhaltige Erze; außerdem über 6 Millionen Tonnen Riesabbrände, Schlacken, Manganerze usw. Nachdem uns durch den Krieg rund 70 Proz. unserer inländischen Eisenerzbasis verlorengegangen waren, verstand es sich eigentlich von selbst, daß die uns verbliebenen Eisenerzgruben in absehbarer Zeit wenigstens nicht unter Abnahmangel leiden würden. Mußten doch während des Krieges unsere rechtsrheinischen Erzgruben mit Hochdruck fördern, um nur die Herstellung von 13 1/2 Millionen Tonnen Roheisen (1917) zu ermöglichen, weil die Auslandserze schließlich ganz ausblieben und die lothringische Förderung enorm zurückging. Es ist uns nicht bekannt, wie hoch sich zurzeit die deutsche Roheisenzeugung beläuft. Nehmen wir an, die Jahreserzeugung betrage nur noch 5 Millionen Tonnen, so würde hierfür die gegenwärtige inländische Eisenerzförderung nicht einmal die Hälfte des Bedarfs decken. 1920 stellte sich die inlandsdeutsche Eisenerzförderung auf rund 6 Millionen Tonnen, die bis auf einige hunderttausend verbraucht wurden. Daneben ist ungefähr die gleiche Menge Auslandserze verhüttet worden.

Man sollte also annehmen, daß unsere Eisenerzgruben keine Schwierigkeiten hätten, ihre relativ geringe Förderung in den Verbrauch überzuführen. Wie aber liegen die Dinge tatsächlich? Die Eisenerzgruben im Lahn-Dillbezirk, mit dem benachbarten westfälischen Siegerland, das größte uns verbliebene Eisenerzgebiet, leidet seit Monaten unter zunehmenden Absatzschwierigkeiten! Seit Monaten müssen sich dort die Belegschaften wöchentlich mehrere Feierschichten gefallen lassen! Bereits ist eine Anzahl Förderungen stillgelegt und auf den Halben lagern große Mengen unverkaufter Erzmassen! Die Unternehmerpresse berichtet, es sei noch mit der Betriebseinstellung einer Reihe Gruben, namentlich in Oberhessen, zu rechnen. Also auch mit der Entlassung mehrerer tausend Bergleute, die, zumeist bodenständig, nicht mit Sack und Pack abwandern können. Wohin übrigens, da keine Nachfrage nach Arbeitern ist!

Herrschte gemeinnützige Ordnung in unserer Volkswirtschaft, so wäre es keine Unmöglichkeit, die Verarbeitung der inländischen Rohstoffe nach einem großzügigen Plan zu regulieren. Es handelt sich in dem nassauisch-hessischen Bezirk um eine Jahresförderung von 1 1/4 Millionen Tonnen (1920, im Jahre 1917 waren es 2,10), während sich der deutsche Eisenverbrauch für 1920 insgesamt noch auf fast 12 Millionen Tonnen belief. Die Vertretung des Deutschen Bergarbeiterverbandes im Lahn-Dillgebiet hat bereits vor mehr als einem halben Jahre alle nur denkbaren Anstrengungen gemacht, um die Landes- und Reichsbehörden, vom Demobilisierungskommissar bis zur Reichsregierung, zu veranlassen, sich für die Abnahme der Erze seitens der großen Hüttenwerke zu verwenden. Alle Schritte waren vergeblich. Man erklärte der Bergarbeitervertretung zur Ueberleitung der inländischen Erzförderung in den heimischen Verbrauch fehle es "an der gesetzlichen Handhabe". Hier gelte die "freie Konkurrenz". Die Hüttenwerke zögen es vor, billigere Auslandserze zu beziehen, die Preise der Inlandserze seien zu hoch. Tatsächlich nimmt der Eisenerzimport zu; schon in der Periode Januar-November 1920 wurden 6,47 Millionen Tonnen Erze und Schlacken importiert. Sicherlich reden wir keinem abgehandenen Merkantilismus das Wort, aber Deutschland ist doch gezwungen, der Entwicklung seiner eigenen Produktionskräfte den Vorrang gegenüber einer Rohstoffeinfuhr zu geben, die allerdings privatwirtschaftliche Vorzüge hat. Die mit Betriebseinstellung und Arbeitslosigkeit heimgejagte Arbeiter- und Angestelltenchaft versteht es einfach nicht, daß man ihr Arbeitsprodukt ungenutzt läßt, um den gleichen industriellen Rohstoff meßenhaft zu importieren. Der Deutsche Bergarbeiterverband hat auf seiner Generalversammlung, wie auch dann die des christlichen Gewerkoereins, beschlossen, die Reichsregierung sei aufzufordern, die Eisenerzindustrie des Sieg-Lahn-Dillgebiets vor dem Ruin zu

schließen, indem Vorkehrungen für den vorzugswelken Verbrauch der Erze im Inlande getroffen würden. Die dem Bergarbeiterverband angehörenden preussischen Landtagsabgeordneten haben bei der Bergetatberatung die schwere Abfahrtsrisse im deutschen Erzbergbau geschildert und einen Antrag zu seinem Schutze gestellt. In unbegreiflicher Kürzlichkeit haben sämtliche bürgerlichen Parteien diesen Antrag abgelehnt! „Nur Arbeit kann uns retten.“ Gewiß, aber unsere Erzbergleute wollen arbeiten, sie werden heute arbeitslos gemacht durch eine Eisenerzversorgung, die vorzüglich nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiert ist. Der in der Landtagskommission erhobene Einwand, die schlechte Beschäftigung der Erzzechen sei auf Kohlen- und Koks mangel zurückzuführen, trifft längst nicht mehr zu, wofür der Reichs-Kohlenkommissar und der Reichs-Kommissar für die Eisenerzindustrie Zeugnis ablegen können. Letzterer kam durch die Vorstellungen der Bergarbeitervertreter auch zu der Ansicht, daß eventuell an die Kontingentierung der Eisenerzeinfuhr gedacht werden müsse. Auch die Eisenerzförderung im Herrschaftsgebiet der Isfied-Hütte, an der bekanntlich das Reich mit 25 Proz. beteiligt ist, leidet stark unter Absatzmangel, aus derselben Ursache wie das Bahn-Dillgebiet.

Allerdings sind die Preise für Inlandserze gewaltig in die Höhe getrieben. Beispielsweise stand vor dem Kriege Siegerländer Spateisenstein auf 18 bis 19 M., im Juni d. J. auf 406,50 M.! Lahnerz wurde ähnlich verteuert, es stand bis vor kurzem auf 173 bis 238 M. Kürzlich ist das Siegererz um 30, das Lahnerz um 24 bis 26 M. pro Tonne verbilligt worden in der Hoffnung, nun ausreichenden Absatz zu finden. Man merkt nichts davon. Aber auch das Roheisen ist im tollen Jagen nach dem „Weltmarktpreis“ von 70 bis 80 Mark vor dem Kriege auf über 2350 M. in 1920 hinaufgetrieben worden. Der damals erst konstituierte Eisenwirtschaftsbund drängte auf den Preisabbau und wird deshalb als „Zwangswirtschaft“ von Seiten der Unternehmer immerfort bekämpft. Wir haben damals die „Annäherung der Inlandspreise an den Weltmarktpreis“ entschieden bekämpft. Wir haben wiederholt hingewiesen auf das ständige Schwanken unserer Valuta, das uns eines bösen Tages plötzlich vor die Notwendigkeit eines starken Preisabbaues, eben mit Rücksicht auf das voraussichtlich starke Sinken der Auslandspreise, stellen würde. Dann aber hätten sich die Preise für unsere sämtlichen Lebensbedürfnisse derart den sozulagen gewaltig erhöht, daß der zweifelslos von den Unternehmern nun propagierte Lohn- und Gehaltsabbau zu schweren sozialen Konflikten führen würde. Die Warnungen waren in den Wind gesprochen, die Warner wurden als „einfichtlos“, ja sogar als „arbeiterfeindlich“ verhöhnt — heute ruft das ganze Unternehmertum nach Lohn- und Gehaltsabbau, während die Lebenskosten der breiten Massen sich den Teufel um den erblich gefuntenen „Weltmarktpreis“ kümmern, neuerdings noch zuzunehmen. Das ist die Folge der planlosen Wirtschaft, die nur den Augenblicksprofit im Auge hat.

Dieser Planlosigkeit würden noch mehr unserer inländischen Rohstoffquellen geopfert werden, wenn die verantwortlichen Behörden den Dingen ihren vernünftigen Lauf lassen. Dem Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde von der Regierung berichtet, Ende Mai d. J. hätten sich die Eisenerzpreise frei überhaufen, berechnet auf ein Proz. Eisengehalt, gestellt: für schwedische Erze auf 5,30, lothringische Minette 4,49, luxemburgische Minette 4,21, deutsches Rotheisenerz aus dem Dillgebiet auf 5,67, aus dem Lahnggebiet auf 5,75 M.! Danach stand der deutsche Erzpreis am höchsten. Außerdem enthalten die Bahn-Dillitzerze (die übrigens 40 bis 50 Proz. Eisengehalt besitzen, also keineswegs „minderwertig“ sind) die Verhüttung erschwerende Bestandteile (vorzüglich Kieselsäure), während die lothringisch-luxemburgischen, auch die schwedischen Erze grobenteils phosphorhaltig sind, worauf sich die lukrative Gewinnung von Thomasphosphatmehl als Nebenprodukt aufbaut. Zweifelslos wird die Verhüttung jener Auslandserze privat-

wirtschaftlich profitabler sein, zumal wenn zwischen Erzlieferanten und Verhüttungswerken gewisse Interessengemeinschaften verabredet sind. Aber kann man es volkswirtschaftlich gutheißen, daß unsere einheimische Erzindustrie mit vielen tausenden Arbeitern in Verfall gerät, weil die privatwirtschaftliche Kalkulation der großen Hüttenwerkstörnerne es so will? Man betrachte auch die kolossalen Betriebsüberschüsse der Hüttenwerke und beantwortet sich dann selbst die Frage, ob die verhältnismäßig kleine Zahl der Erzverbraucher nicht in der Lage ist, auf einen Teil ihrer enormen Gewinne zugunsten des Verbrauchs inländischer Eisenerze zu verzichten. In Betracht kommen nur wenige Duzend Großwerke, die zu den überschuldrichsten Anlagen in Deutschland gehören.

Die tausende bereits arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten deutschen Erzbergleute und ihre Familien werden den Gemeinden, den Ländern, dem Reiche zur Last fallen. Man muß ihnen Arbeitslosenunterstützung zahlen, die Gemeinden werden auch schwer getroffen durch die Betriebsstilllegungen. Alles Beschönigungsgerede interessierter Kreise schafft die Tatsache nichts aus der Welt, daß ein großer Teil unseres Erzbergbaues ruiniert wird, wenn die Vorbeugungsmahregeln ausbleiben! Der vorzugsweise Verbrauch unserer inländischen Rohstoffe ist durchzuführen, wenn nicht anders, dann durch gesetzkräftige Vorschriften. Man kann auch, wie es schon vor dem Kriege für die Ueberleitung der Sieg-Lahn-Dillitzerze in den ober-schlesischen Verbrauch geschah, durch besondere Frachttarife die Verbrauchsmöglichkeit begünstigen. Das ist jedenfalls volkswirtschaftlich nützlicher als die Zahlung von Erwerbslosenunterstützung an die Opfer einer planlosen Wirtschaft.

Wahrscheinlich wird sich der übliche „Sturm der Entrüstung“ erheben über vorstehende Vorschläge zur Einschränkung der planlosen „freien“ Wirtschaft. Was es damit auf sich hat, lehrt dieser Vorgang: Der deutsche Roheisenverband hat soeben einer Reihe von Giebereien die Rabattgewährung verweigert bzw. die Entziehung derselben angedroht, weil sie billigere Einkaufsmöglichkeiten für luxemburgische Giebereieroheisen wahrnehmen konnten! Ist das nicht bezeichnend für die sogenannte „freie Wirtschaft“? Das privatkapitalistische Syndikat schützt sich vor billigen Roheisenimport, indem es seinen „strafwürdigen“ Abnehmern die Rabattvergütungen entzieht. Das Syndikat kontingentiert auf diese Weise auch den Import von Roheisen. Also kontingentiere das Reich die Eisenerzeinfuhr zugunsten unserer arbeitslosen Erzbergwerksarbeiter!

Verfagt die Sozialdemokratie?

Die „Kreuz-Zeitung“ macht den Arbeitern und ihrer politischen Führung den Vorwurf, daß sie bei der — Erfüllung des Ultimatus verfolge. Gerade die Arbeiterschaft habe bisher nicht den Weg betreten, der zur Durchführung der eingegangenen Verpflichtungen führen könnte, falls dies überhaupt möglich sei. Das Verfagen sieht die „Kreuzzeitung“ darin, daß die Sozialdemokratie keine erhöhte Arbeitszeit auf sich genommen und in keine Einschränkung des Reallohnes gewilligt habe. Als besonders schlagender Beweis für den sozialdemokratischen Widerstand wird angeführt, daß im Programmentwurf der Achtstundentage und sogar dessen Herabsetzung dort verlangt wird, wo mit erhöhter Gefahr für Leben und Gesundheit des Beschäftigten zu rechnen ist. Man hat noch weitere Beweise für unser Verfagen. Das Verlangen des sozialdemokratischen Vertreters im Ausschuß des Reichstages: erst Gesamtprogramm an Steuern, dann Einzelberatung, gilt den Herren von Rechts ebenfalls als ein Verbrechen. Die Stellungnahme des „Vorwärts“ gegen die Brotpreiserhöhungen schlage aber dem Faß den Boden aus, denn gerade die Arbeiterschaft sei zu einer Einschränkung der Lebenshaltung eher im Stande als andere Bevölkerungskreise.

Wir stellen fest: Die Sozialdemokratie hätte nach der Meinung eines führenden reaktionären Blattes nicht verlagert, wenn sie für Abschaffung des Achtstundentages, für Verlängerung der Arbeitszeit in ungelunden Betrieben, für Herabsetzung der Löhne, für direkte Steuern ohne sich um direkte zu kümmern und für hohe Brotpreise wäre. Wir können da die „Kreuzzeitung“ gleich für alle Zukunft beruhigen. In der von ihr angedeuteten Richtung wird die Sozialdemokratie immer „verlagert“.

Täuschen wir uns nicht, hinter diesen Redensarten, verhassten Drohungen und Ausflüchten steckt ein Grundgedanke, und das ist der, dem Reiche in seiner Not nicht helfen zu wollen! Man will sich von den Pflichten drücken und sucht Gründe dazu. Wir halten es demgegenüber mit folgenden Bemerkungen:

„Ob die neue Regierung Bestand hat und leistet, was von ihr erhofft wird, wissen wir nicht. Aber niemand täusche sich darüber, daß diese Wendung trotz aller inneren Kämpfe und trotz der Auseinandersetzungen mit den noch lebendig bleibenden Kräften der Vergangenheit, zu denen die neue Staatsform gezwungen sein wird, unüberwindlich ist; zu stark ist die demokratische Welle, zu stark das revolutionäre Zittern, das über die ganze Erde geht.“

Diese Sätze unterschreiben wir voll und ganz. Ständen sie nur zufällig am 9. Oktober 1918 in der „Kreuz-Zeitung“? Ihre Stellung von heute oder die von damals ist unehrlich, ist feige, ist „ein Verfagen“ gegenüber den harten Tatsachen.

Bewaffneter Aufstand gegen wen?

Nachdem der Ehrenvorsitzende der 3. Internationalen, Heinrich Brandler, vor Gericht erklärt hat, der Kommunismus brauche zu seinem Sieg noch Jahrzehnte, die KPD-Zentrale sei eine Begleiterin des bewaffneten Aufstandes, und die Diktatur des Proletariats lasse sich auch verwirklichen, ohne daß der bestehenden Verfassung ein Haar gekrümmt würde — nach alledem hat es die Zentrale für nötig gehalten, ihren Lesern wieder etwas kräftigere Kost vorzusetzen. Und so erschien dieser Tage ein von ihr herausgegebenes Büchlein „Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der Märzaktion“, worin u. a. J. Hender folgendermaßen orakelt:

Der künftige monarchistisch-militaristische Putz wird also kein isolierter kleiner Putz sein, sondern ein großzügiges ernstes Unternehmen. Nicht politische Desperados werden die Aktion leiten, sondern die anerkannten Führer der monarchistischen Parteien. An Stelle Kapps wird der Hohenzoller stehen und an Stelle des Kapitäns Ehrhardt der General Lubendorff. Zur selben Zeit wird sich aber weder die proletarische Front einheitlich gestalten, noch wird sie sich auf andere Schichten stützen können. Die Gewerkschaftsbureaucratie und die führende Bureaucratie der Mehrheitssozialisten wird sich nie mehr trauen, die Parole des Generalstreiks herauszugeben. Hinter dem im Interesse der Gewerkschafts- und Mehrheitssozialistenbureaucratie geführten Generalstreik erscheint im März 1920 der gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaucratie gerichtete Aufstand. Und diese Bureaucratie weiß es nur zu gut, daß jeder Generalstreik des Proletariats, auch wenn sie sich selbst an die Spitze desselben stellen würde, letzten Endes nur in einen gegen sie sich wendenden, bewaffneten Aufstand münden kann.

Also wenn „der Hohenzoller und Lubendorff“ ihren Putz machen und Gewerkschaften und Sozialdemokratie zum Generalstreik aufrufen, dann werden die Kommunisten kommen und diejenigen, die den Generalstreik gegen den Hohenzoller führen, ganz einfach totschießen. Heil den Hohenzollern, daß sie solche Untertanen haben wie diese Kommunisten!

Wer ist dieser J. Hender? Hat der Mann am Ende nur ausprobieren wollen, welcher Blödsinn, wenn er nur revolutionär klingt, von der KPD in eine parteioffizielle Schriftenammlung aufgenommen wird?

Jungsozialismus.

Von Richard Weimann.

Jungsozialismus — liegt darin nicht ein Gegensatz zum Sozialismus? Keineswegs, beides ist im Grunde das gleiche. Das Wort Sozialismus erhält dadurch einen besonderen Klang, daß wir Jungsozialisten haben.

Sie vertreten keine Richtung, sie stellen sich auch nicht in Gegensatz zu den Alten. Sie wollen nur, daß die hohen Gefühlsmerkmale lebendig werden, die der Sozialismus in sich trägt, daß er sich voll auswirkt nach der ethischen Seite hin, daß er den ganzen Menschen packt. Ihnen ist der Sozialismus nicht nur eine politische Überzeugung, ein Wirtschaftsziel, sondern eine seelisch-litische Erneuerung, eine neue Lebensgestaltung. Sie streben danach, wirklich revolutionär zu sein, nicht mit Worten, sondern durch Taten. Es ist leicht, sich im Wortsozialismus zu ergen, aber unendlich schwer, sich loszureißen vom Alten, Hergebrachten, das uns in seiner Bequemlichkeit so sehr gefällt. Aber darauf kommt es an, die laufend Gewohnheiten des Alltags, die sich auf uns vererbt haben wie eine ewige Krankheit, abzuschüttelein und neue Wege zu geben. Auch in der Befinnung, in seinen privaten Lebensäußerungen muß man beweisen, daß man Sozialist ist. Gerade hier läßt sich am besten beurteilen, wer Spießbürger und wer Revolutionär ist.

Die Jungsozialisten wollen das sein oder werden, was man seit dem sozialdemokratischen Kulturtag in Dresden schlagwortartig den „sozialistischen Menschen“ nennt. Sie mühen sich um den Beweis, daß der „sozialistische Mensch“ nicht ein Schlagwort ist, sondern lebendige Wirklichkeit wird.

Unser heutiges Parteileben allein befriedigt sie nicht. Es ist — bei aller Anerkennung unserer sozialistischen Kulturarbeit — immer noch zu einseitig rational, d. h. verstandesmäßig eingestellt, das Irrationale, d. h. seelisch-gefühlsmäßige kommt zu wenig zur Geltung. Zwar vollzieht sich auch in der Partei unverkennbar eine innere geistige Umstellung, aber sie geht naturgemäß nur langsam vor sich und kann auch nicht ausschließlich den Jungsozialisten Rechnung tragen. Die letzteren wollen sich aber nicht in der Masse verlieren, sondern im Kreise Gleichgesinnter mit der ihnen eigenen geistlich-seelischen Einstellung ihr Eigenleben im Rahmen des Ganzen entwickeln. Sie haben daher in der Partei eigene Gemeinschaften gebildet, in denen der Sinn für die Gemeinschaft und die Kameradschaftlichkeit gepflegt werden. Das dient der Entfaltung aller jugendlichen Kräfte zum Nutzen des Parteiganges.

In Bielefeld treten die Jungsozialisten des Reiches dieser Tage das erste Mal zusammen. Sie wollen vor aller Welt ein Bekenntnis zum Sozialismus ablegen und ihre Ideale verkünden.

Dabei wird es sich erweisen, daß der Jungsozialismus keine Richtung, ja nicht einmal etwas Neues ist. Er ist nichts anderes als der Sozialismus im umfassendsten Sinne, der unser ganzes

Sein erfüllt. Sozialisten sein mit Herz und Hirn, in jeder Lebensäußerung, nicht nur in der Organisation, sondern auch draußen — das wollen die Jungsozialisten. Dazu mögen ihnen die Alten helfen!

Der fähle Hut. Ein fähler Hut ist in heißen Sommerlagen eine Annehmlichkeit. Die Frage ist nur, was für eine Kopfbedeckung man sich dazu wählen soll. Die Antwort darauf gibt ein englischer Hygieniker, der eingehende Versuche mit den verschiedensten Herrenhüten angestellt hat und seine Ergebnisse in einem Londoner Blatt mitteilt. Bei diesen Versuchen wurde ein Mann auf einem Stuhl ins Freie geleitet und dann die Lufttemperatur gemessen, wobei sich 95 Grad Fahrenheit ergaben. Ihm wurden dann die verschiedenartigsten Hüte aufgesetzt, von denen er einen jeden eine Viertelstunde aufbehalten mußte. Innerhalb eines jeden Hutes wurde vorher ein kleines Thermometer angebracht, das die Wärme in dem Raum zwischen Scheitel und Hutoberfläche messen sollte. Der erste Versuch wurde mit einer Seglermütze gemacht, die man bisher wohl für eine ziemlich fähle Kopfbedeckung hielt. Nach Ablauf der Viertelstunde zeigte das im Hut befindliche Thermometer 102 Grad Fahrenheit, also 7 Grad mehr, als die Außenluft aufwies. Es folgte dann ein englischer Polizeihelm, bei dem sich eine Hutwärme von 100 Grad ergab. Sodann wurde ein Zylinder gewählt, den man gewöhnlich für ein recht heißes Kleidungsstück ansieht. Und siehe da, die Temperatur unter dem Zylinder belief sich nur auf 91 Grad, war also um 11 Grad geringer als bei der für luftdicht geltenden Seglermütze. Der Zylinder erwies sich also als fähler wie der gewöhnliche steife Hut, der 94 Grad hatte. Der steife Hut jedoch, den man auch nicht gerade für recht sommerlich hält, war immer noch fähler als die vielgetragene „leichte“ Sommermütze, unter der sich eine Wärme von 86 Grad entwickelte.

Alle diese Kopfbedeckungen sind zum Tragen bei heißer Bitterung nicht praktisch. Viel geeigneter erwiesen sich die eigentlichen sommerlichen Kopfbedeckungen. Der weiche breitkrempige Leinwandhut schnitt schon bedeutend besser ab, indem die sich unter seiner Bedeckung entwickelnde Temperatur nur 89 Grad betrug, 6 Grad weniger als die Wärme der Außenluft. Der Leinwandhut wieder wurde noch überboten von dem runden festen Strohhut, wohl der beliebtesten sommerlichen Kopfbedeckung der Männer. Dieser Strohhut mit seiler Krempe hatte nur eine Temperatur von 85 Grad. Noch günstiger schnitt der weiche weiche Strohhut ab, der es auf 82 Grad brachte, und den Rekord stellte der mit Recht so viel gerühmte Panamahut auf, unter dessen leichtem luftigen Gewebe sich nur eine Wärme von 79 Grad entwickeln konnte, so daß der Träger eines solchen Hutes seinen Kopf um 16 Grad kühler hätte, als wenn er keinen Hut getragen hätte. Diese Versuche beweisen, daß der, der auf einen fählen Kopf bei heißer Bitterung sieht, alle Mühen von sich weisen und zum Strohhut greifen soll.

Schwarze Schmach in Jenen. Republikanische Berliner nehmen mit Recht Anstoß an den monarchistischen Geschwätzigkeiten, mit denen ein Teil des Publikums die Aufführungen der Potsdamer Freilichtspiele zu würzen sucht. Aber was sich hier auf dem Brau-

hausberge abspielt, ist ein sanftes Säuseln gegenüber den nationalistischen Donnereschlägen, die von dem weitbedeutenden Breitergerüste des hannoverschen Städtchens Jenen ertönen. Dort produziert sich eine Schauspieltruppe, an deren Spitze ein Direktor Palmbaum steht. Dieser Palmbaum ist ein sehr vielseitiges Gewächs: nicht nur Menschendarsteller, sondern auch dramatischer Dichter. Und in letzterer Eigenschaft hat er mit kerniger Faust ein Stück gezimmert, das den Titel trägt: Die schwarze Schmach in deutschen Landen. Am letzten Sonntag erlebte es seine Uraufführung, über die das Kreisblatt des Kreises Jenen einen spaltenlangen Bericht bringt. Der der Handlung: eine mittlere Stadt am Rhein. Unter dem Schutze der französischen Besatzung verweigerten und ermordeten schwarze Sergeanten dreizehnjährige Mädchen, während ein edler Deutscher, dem aus Versehen ein Revolver losgeht, der nicht einmal ihm gehört, standrechtlich erschossen wird usw.

Ganz Jenen raute vor Wut und schäumte vor fittlichem Ekel. „Möge Herr Palmbaums Werk dazu beitragen“, sagt der Theaterreferent des Kreisblatts, „um allen Deutschen die Augen zu öffnen und auch dem Ausland verkünden, mit welcher ungeheuren Schmach die sogenannte Grand Nation Deutschland bedeckt!“ Ein kühner Wunsch, zu dessen wenigstens teilweiser Erfüllung wir das unsrige beitragen wollen, indem wir das In- und Ausland, soweit es das „Jenener Kreisblatt“ nicht liest, auf die nationalstischen Greuel aufmerksam machen, deren Schauplatz zurzeit die Jenener Bühne ist.

Die „Reinigung“ der ungarischen Wissenschaft. In den letzten Tagen sind wiederum eine Reihe namhafter Professoren auf Grund eines Disziplinarverfahrens von ihrer Lehrtätigkeit an der Budapestener Universität dispensiert worden. Die Maßregelung erfolgte wegen der Haltung, die die Betreffenden während der Revolution eingenommen hatten. Die meisten der Gemahregelten sind bereits seit Jahrzehnten an der Universität tätig und haben auf Grund ihrer wissenschaftlichen Arbeiten einen Weltren. Dies gilt besonders von Prof. Heinrich Marczali, der der bedeutendste lebende Geschichtsforscher Ungarns ist. Seine Arbeiten sind in alle Kulturprachen übersetzt worden. Augenblicklich befinden sich im Lehrkörper der Budapestener Universität ausschließlich Anhänger des bestehenden Regimes.

Auslieferung österreichischer Kunstschätze. Die tschechoslowakische Regierung hat ihre Forderungen auf die aus öffentlichem österreichischen Besitz auszuliefernden Werte bereits überreicht. Die Liste ist in den letzten Stunden in Wien einetroffen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die tschechoslowakische Regierung auf die berühmten Gemälde aus der Prager Kunstkammer, darunter Hauptwerke von Dürer und Coreggio sowie auf die unschätzbaren Handzeichnungen Dürers Anspruch erhebt.

Der einzige Weg. Der Roman „Les drapaux“ von Paul Rebouz, über den wir bereits vor einigen Monaten, als er in der Originalausgabe veröffentlicht wurde, ausführlich berichtet haben, ist jetzt in deutscher Uebersetzung unter dem Titel „Der einzige Weg“ bei Grethlein u. Co. in Berlin und Leipzig erschienen (gebunden 16 M., in Halbleinwand 24 M.). Das Werk, das nicht nur ein literarisches, sondern ein politisches Ereignis allerersten Ranges ist, wurde von der nationalistischen

Eitel vor Gericht.

Eitel Friedrich mußte schon wieder einmal vor dem ordentlichen Gericht erscheinen. Diesmal interessiert uns die Streitfrage, in der er wieder verurteilt wurde, wenig, handelt es sich doch nur um die Herausgabe des Kindes des Bringen Joachim an die Mutter. Viel wichtiger scheint, daß die besagte Partei, der Prinz Eitel, nach den Zeitungsberichten sich wieder auf das „Hausgesetz der Hohenzollern“ berufen hat. Der Gerichtshof mußte in seiner Urteilsbegründung ausdrücklich darauf hinweisen, daß es Hausgesetz der königlichen Familie nicht mehr gibt. Mit der Veseitigung der Adelsvorrechte, die im Artikel 109 der Reichsverfassung formuliert und für Preußen durch ein besonderes Gesetz im Juni 1920 ausgeführt wurden, hat das Haus Hohenzollern auch als juristische Persönlichkeit ausgespielt. Mit diesem sogenannten Adelsgesetz verschwanden die Vorrechte des gesamten Adels. Mit welchem Eifer von Sondervorrechten dabei aufzuräumen war, geht allein aus der Tatsache hervor, daß es ausdrücklich nicht weniger als 79 Gesetze und Verordnungen ganz oder teilweise aufhebt. In all diesen Gesetzen und Verordnungen waren die verschiedensten Vorrechte zugunsten des Adels festgelegt. Es bleibt bedauerndswürdig, welche Mühe sich Prinz Eitel gibt, wohl mehr verführt durch seinen Rechtsbeistand als aus eigenem Willen, immer wieder Urteile auf Grund von Vorrechten zu verlangen, die nicht mehr existieren.

Die Frankfurter Wierköpfe vor Gericht.

Frankfurt a. M., 26. Juli. (U.) In der Verhandlung des Frankfurter Kommunistenprozesses bekannte sich der Hauptangeklagte Schriftsteller Georg Kunz als Kommunist aus Ueberzeugung und Anhänger von Liebknecht. Nach dem Rapp-Putsch ist er Mitglied des aus vier politischen Parteien bestehenden Aktionsausschusses gewesen. Lediglich als Abwehr gegen die Orgeßch und gegen die Truppen, die von der Regierung nicht entworfen werden konnten, sei die Kampforganisation (K.O.) bei der KAPD. geschaffen worden. Die Kampforganisation hat nach der Behauptung von Kunz nur zwei Monate, von Mitte Mai bis Mitte Juli 1920, bestanden. Dann sei sie durch Parteibeschluß aufgelöst worden, weil sich zu ihr zu viele Lockspiegel drängten und die Gefahr einer Militarisierung der Partei eintrat. Eine Reihe von Bergehenden, die ihm vom Vorsitzenden vorgehalten werden, bestreitet der Angeklagte.

Dann erfolgte die Vernehmung von Wilhelm Lehmann, der neben Kunz die treibende Kraft in Frankfurt gewesen sein soll. Lehmann war nach dem Rapp-Putsch im März bei der Kontrolle der Straßenpatrouillen im Bureau tätig. Der Schreiner Rudolf Schwarz, der sich „Anarchokommunist“ nennt, will die K.O., die er nicht als illegale Kampforganisation, sondern als internationale Kommunistenorganisation bezeichnet, gegründet haben. Er erklärt, daß die Gründung nicht als Kampforganisation, sondern als ein Versuch gedacht sei, die gespaltenen einzelnen Gruppen wieder zusammenzubringen. (Der richtige Weg! Red.)

Bürgerblock plus Kommunisten.

In den Ausschüssen des sächsischen Landtages, wo gestern wiederum die Regierungsvorlage über eine Grund- und Gewerbesteuer beraten wurde, kam es zu einer Sensation. Die beiden Vorlagen wurden nämlich mit allen bürgerlichen und mit den Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Dadurch ist die sächsische Regierung in eine schwierige Situation geraten, die Finanzminister Heide dadurch kennzeichnete, daß er betonte, der Regierung würde bei der Ablehnung der beiden Vorlagen im Plenum nichts weiter übrig bleiben, als zurückzutreten. Falls die Regierung zurücktreten würde, wäre die nächste Folge die Auflösung des Landtages und die Ausschreibung von Neuwahlen.

Der frühere sächsische Finanzminister Mische (Dem.) ist in Leipzig bei Leipzig gestorben.

Presse Frankreichs totgeschwiegen. Bei uns in Deutschland dürfte es eines Bombenerfolges sicher sein. Und es verdient ihn schon allein seines tapferen, rücksichtslosen Wahrheitsmutes wegen. „Der einzige Weg“, der zur Befreiung Europas führen kann, ist nach Ansicht Rebours kein anderer als die Brücke der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Unsere Nationalisten werden in dem Roman zwar manche Blüte finden, aus der sie chauvinistischen Honig saugen können, im ganzen aber dürfte der strenge Gerechtigkeitssinn des Verfassers sie ebenso wenig befriedigen, wie er ihre französischen Gesinnungsgenossen befriedigt hat.

Ertelied.

Die Saat steht reif, die Saat steht schwer,
Das Korn steht in die Scheuer,
Wo nehmen wir wohl die Sade her? —
Gottlob, das Brot wird teuer.

Der Schinken schmaust als Hauptgericht
Am Abend und am Morgen,
Den schert die kleine Zuckst nicht,
Ihn zwicken keine Sorgen.

Der gute Himmel mühte sich
Doch nicht für Bettelkinder;
Er dachte lieblich sicherlich
An schnelle Mast der Kinder.

Ein fettes Kind bringt unbedingt
Dem Pächter manchen Bohlen —
Und wenn kein Geld im Beutel klingelt,
Schmor' Rüben seinen Fragen.

Die Armut plagt nur den, der dumm,
Kartoffeln mag er schlingen —
Lacht uns zum Gantestef darum
Ein frommes Danklied singen.

Der Sünder spüre Hungerqual,
Uns fülle sich die Scheuer,
Seid fröhlich, Brüder, allzumal:
Gottlob, das Brot wird teuer!

Schlaraff.

Spielplanänderung. Die Egl. Bühne bringt im Theater in der Königgräber Straße am kommenden Sonnabend in Abänderung des Spielplans zum letzten Male Angenrührens Komödie „Die Kreuzzeitler“ zur Aufführung.

In der Arbeiter-Kunsthalle. Belersburger Str. 39, ist Ernst Kriebisch aus dem Bertin Regim Gorkis am Donnerstag, den 26., abends 7 1/2, Uhr.

Der Bionier-Verlag. Hamburg 31. hat seine Veröffentlichungen aus dem Buchhandel zurückgezogen und liefert nur noch an Private. Viele Verlagsmaximale rekurert — nach Angabe des Verlagsvertrages — aus der Interessiertheit der Buchhändler am Zeitungen. Die Schriften sind durch die Abschaltung des Buchhandels wesentlich billiger geworden. Wir empfehlen auf das im Angelegentlich befindliche Inserat.

Die vielseitige ZBV.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, übt die Charlottenburger Hundertschaft ZBV., über deren Verschönerungstätigkeit wir kürzlich ausführliche Mitteilungen machten, eine Reihe weiterer Tätigkeiten aus, die gleichfalls der dringenden Aufklärung bedürfen. So hat sie Bereitschaftsaussenkommandos in Berlin-Zehlendorf, wo das Lieberfall-Kommando untergebracht ist. Sie arbeitet Hand in Hand mit der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums (Abteilung 1a) und tritt von Zeit zu Zeit als Hilfe für das Regierungsviertel und die Bannmeile in Tätigkeit. Um stets zur Bereitschaft zu sein, ist sie mit zahlreichen Kraftwagen ausgestattet; ferner übt sie einen besonderen Wardedienst für Demonstrationen aus.

Eine Polizeitruppe, der derartig wichtige Angelegenheiten übertragen sind, muß umso sorgfältiger geübt und von allen zweifelhaften Elementen gereinigt sein. Einer Organisation, deren Hauptaufgabe darin besteht, sich auf den kommenden Rechtsputsch vorzubereiten, den Schutz des Regierungsviertels zu übertragen, heißt denn doch den Bock zum Gärtner zu setzen. Wenn die Informationen über die Tätigkeit der ZBV. erweist sein sollten, um ihre Bedeutung in der Öffentlichkeit genügend hervorzuheben, so müssen wir gerade im Hinblick auf diese schwerwiegenden Aufgaben mit besonderem Nachdruck eine restlose Aufklärung der dunklen Angelegenheit fordern.

Bayern schweigt!

In der Angelegenheit der Ausweisung des russischen Volkskommisars Kechinski ist, wie die VVN. hören, eine Stellungnahme der Bayerischen Regierung auf die Anfrage der Reichsregierung bis heute noch nicht erfolgt. Dies Schweigen ist sehr vieldeutig und nicht gerade geeignet, den bayerischen Standpunkt in dieser Angelegenheit zu stärken.

Sachsens Befoldungsordnung und das Reich

Dresden, 26. Juli. (U.) Der Befoldungsausschuss des sächsischen Landtages beschäftigte sich mit den von der Reichsregierung gegen zahlreiche Positionen des sächsischen Befoldungsgesetzes erhobenen Einsprüche. Mit einem Teil dieser Einsprüche fand sich der Ausschuss ab. Bei einer Reihe anderer Einsprüche beschloß der Ausschuss im Landtag vorzuschlagen, den Reichsgerichtshof dagegen anzurufen. Auch beschloß der Ausschuss, die Regierung zu ersuchen, zu den demnächst in Berlin stattfindenden Beratungen über das Ortsklassenverzeichnis auch eine Anzahl von Landtagsabgeordneten hinzuzuziehen.

Der Orgeßchterror in Baden.

Die ausführlichen Mitteilungen des „Vorwärts“ über umfangreiche Waffenschleibungen in Baden wurden von der reaktionären Presse teils totgeschwiegen, teils erklärte diese die Nachrichten für falsch, ohne auch nur die Spur eines Beweises hierfür zu erbringen. Inzwischen ist uns neues Material von durchaus zuverlässiger Seite aus Baden zugegangen, aus dem deutlich hervorgeht, daß die Orgeßch selbst die verwerflichsten Mittel nicht scheut, wenn es gilt, den Kampf gegen die Entwaffnung zu führen. Einige Parteilgenossen, welche den Mut fanden, den badischen Behörden über die Verstecke von Waffen Mitteilung zu machen, wurden hofkottiert. Wie gearbeitet wurde, beweisen nachstehende Proben tatsächlicher Vorgänge in Osterburken, wo Plakate mit folgendem Inhalt angeklebt wurden:

Einwohner Osterburkens! Hüte Euch und gebt dem E. und dem R. keine Lebensmittel wie Milch, Eier mehr. Wer erwischt wird, kann rechnen, daß seine Scheune und alles nach der Erste abgebrannt wird.

Nachstehend teilen wir einige weitere Fälle schlimmsten reaktionären Terrors mit.

Sonnabend, den 18. Juli, wurde dem Kinde eines Mannes, welchen man in Verdacht hat, daß er der Urheber der Waffenschleibungen sei, im Regierladen kein Fleisch gegeben, obwohl ein geschlachtetes Kind, ein Kalb und ein Schwein zum Verkauf hing. — Dem Sohne eines der im Verdacht stehenden Genossen wurde die Arbeit gelündigt. — Einem Wagenmeister, welchen man verdächtigt, bei der Aufdeckung der Waffenschleibungen die Hand im Spiele zu haben, bedrohten seine Vorgesetzten wie und wo sie können und bedrohen ihn täglich. — Eisenbahnsekretäre, Rangierer und Eisenbahnarbeiter, welche die Waffenschleibungen tatsächlich unterstützt haben, sitzen unbehelligt von der Generaldirektion an ihren Posten und machen sich über den Staatsanwalt lustig. — Ein anderer Mann soll als Geschäftsmann zugrunde gerichtet werden, indem man ihm die Arbeit entzieht.

Den Höhepunkt erreichte die Aktion der Reaktionen im Hinterlande mit der Lahmlegung einer sozialdemokratischen Versammlung, wie nachfolgender Bericht unseres badischen Parteisekretärs im 7. badischen Wahlkreis besagt:

Am Sonntag, den 9. Juli, sollte Genosse Dr. Kraus in einer Mitgliederversammlung in Osterburken sprechen, um in den Kreisen der Mitglieder Klarheit zu schaffen. Die Versammlung konnte nicht abgehalten werden, da die sogenannte Orgeßchpartei, wie sich die Herren jetzt offen benennen, das Versammlungslokal böllig besetzt hatte und den Wirt mit einem offenen Konflikt drohte, wenn er uns kein Lokal zur Verfügung stellen würde. Die Sache ging so weit, daß die Wirtin sich sogar weigerte, dem Genossen Dr. Kraus Unterstuf für die Nacht zu gewähren! Sie begründete dies damit, daß ihr Geschäft dann hofkottiert würde, wenn ihnen nicht gar das Haus über dem Kopf angezündet werde. Der Kreisvorstand hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Angelegenheit befaßt und kam zu dem Ergebnis, daß, wenn in Osterburken nicht ganz energisch durchgegriffen wird, unsere Bewegung dort auf Jahre hinaus lahmgelegt ist.

Der Kreisvorstand beschloß, vom Bezirksvorstand folgendes zu verlangen:

1. Der Bezirksvorstand möge in der Landtagsfraktion unter allen Umständen dafür sorgen, daß die Interpellation betreffs der Waffenschleibungen und Orgeßchumtriebe sofort behandelt wird.

2. Der Bezirksvorstand muß mit allen Mitteln versuchen zu erreichen, daß ein paar der reaktionären Elemente aus den Beamtenkreisen in Osterburken, wie z. B. der Bahnhofsversteher, einige Steuerbeamte und vor allem auch die Gendarmerie verjagt werden und dafür Leute von zuverlässiger republikanischer Gesinnung hinterkommen.

3. Der Bürgermeister möge wegen Begünstigung der Waffenschleibungen zur Rechenschaft gezogen werden.

4. Dem Genossen Ellwanger, der vor der Waffenschleibungen in seinem Betrieb für fünf Mann Arbeit hatte, jetzt aber völlig be-

schäftigungslos ist, soll vom Staat Arbeit zugewiesen werden, nicht nur um den Mann schadlos zu halten, sondern auch um den Wächtern der Orgeßch zu zeigen, daß die Republik die Leute nicht durch ihre Feinde zugrunde richten läßt, und um zu beweisen, wie die Regierung die Aufdeckung der Waffenschleibungen einschätzt.

5. Ruß der Bezirksvorstand vom dem Genossen Kemmele verlangen, daß dieser in seiner Eigenschaft als Minister, nicht als Sozialdemokrat, möglichst bald, auf jeden Fall vor Beginn des Wahlkampfes, eine Gemeindeversammlung in Osterburken abhalte, an der Bürgermeister, Gemeinderat und die Beamten beordnet werden und die übrige Bevölkerung eingeladen wird, und in der der Minister die Luft reinigt und den Leuten klarmacht, daß nicht die Aufdecker der Waffenschleibungen, sondern letztere selbst die Landesverräter sind.

Bedauerlicherweise reicht die Kraft der badischen Genossen nicht aus, die Verjagung einiger reaktionärer Eisenbahn- und Steuerbeamten von Osterburken zu erreichen; dies ist Reichsangelegenheit. Desgleichen wird dem Wunsche, dem Genossen Ellwanger Arbeit zuzuwenden, nur dann entsprochen werden können, wenn ihm die Eisenbahnverwaltung solche zuteilt.

Die ganze Angelegenheit beweist, wie sehr sich die Verhältnisse in Baden zuspitzen haben, und es ist zu hoffen, daß die demokratische Reichsregierung den von der Reaktion besonders heftig angegriffenen badischen Innenminister Genossen Kemmele nach Kräften unterstützt. Die Orgeßch-Bande ist, wie ihr Terror beweist, unverkennbar bemüht, Baden zum Aufmarschgebiet für einen neuen Rechtsputsch zu machen.

Rückwirkende Bestrafung des Schleichhandels

Bei der Anwendung des § 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 1920 über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preisverhinderung und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände sind Zweifel darüber hervorgetreten, ob § 7 auch auf Zuwiderhandlungen gegen Abgabenvorschriften, die nach dem 31. Dezember 1920 aufgehoben sind oder in Zukunft aufgehoben werden, Anwendung findet. Im Einklang mit dem Wortlaute des Gesetzes und der Entstehungsgeschichte hat das Reichsgericht dieser vom Reichsausschuss des Reichstages eingeführten Vorschriften in einer Entscheidung vom 10. Februar 1921 die Anwendung des § 7 auf diese Fälle verneint, indem es ausführt:

„Die Vorschrift enthält nicht einen allgemeinen Ausdruck des gesetzgeberischen Willens dahin, daß Verfehlungen gegen Abgabenvorschriften nach deren Aufhebung nicht mehr strafwürdig sein sollen. Sollte solches in der Absicht des Gesetzgebers gelegen, so hätte es bei der Aufhebung der Abgabenvorschriften bestimmt werden müssen und zwar allgemein auch für Zuwiderhandlungen, die beim künftigen Wegfalle gegenwärtig noch bestehender Abgabenbestimmungen noch nicht abgeurteilt sein werden, nicht aber hätte der Ausschluß nachträglicher Bestrafung — wo es im § 7 geschieht — auf die bisherigen Zuwiderhandlungen gegen aufgehobene Abgabenbestimmungen beschränkt werden können.“

Diese Entscheidung, die bisher nicht allgemein bekannt geworden ist, wurde vom Preussischen Justizminister in einer Allgemeinen Verfügung vom 19. Juli 1921 zur Kenntnis der Preussischen Justizbehörde gebracht. Die Strafverfolgungsbehörden werden angewiesen, in Fällen der gedachten Art von einer Einstellung des Verfahrens auf Grund des § 7 abzusehen.

Der Fascistenkrieg dauert fort.

Mailand, 26. Juli. (U.) Auf einer Fahrt der Fascisten durch mehrere Bauernhöfe der Provinz Grosseto kam es zu einem blutigen Zwischenfall. Eine Anzahl Kommunisten belästigten einen Lastwagen der Fascisten und töteten einen Fascisten, worauf 6 von den Kommunisten erschossen wurden. Außerdem stellten die Fascisten zwei Bauernhöfe in Brand. In Rocca di Strada setzten die Fascisten 17 Häuser in Brand und töteten 4 Kommunisten. Die Gesamtzahl der Toten wird dem „Corriere della Sera“ zufolge auf 1 Fascisten und 11 bis 14 Kommunisten angegeben.

24stündiger Proteststreik in Rom.

Rom, 26. Juli. (U.) Infolge der Zwischenfälle zwischen Kommunisten und Fascisten in Rocca di Strada wurde gestern Abend ein Generalproteststreik von 24 Stunden angelegt. Die Stadt Rom zeigte ihr gewöhnliches Aussehen, nur die Straßenbahnen streikten.

Der Krach in Lille.

Lille, 26. Juli. (U.) Die Nachmittags-Sitzung des Kongresses der C. G. T. ist sehr stürmisch verlaufen. In dem Augenblick, als Monnosseau (Kommunist) das Wort nehmen wollte, sängen Mehrheitsler und Minderheitsler an sich zu beschimpfen. Die Kommissare versuchten Ordnung zu schaffen, indem sie auf die Tische sprangen und mit Gummischläuchen (?) nach den Kongressisten schlugen. 7 bis 8 Pistolenschüsse wurden abgefeuert. Die Leute ergriffen die Flucht, und mehrere Personen, darunter auch Frauen, wurden verletzt, als sie nach den Türen eilten. Doch werden keine schweren Verletzungen gemeldet. Als endlich die Ruhe wieder hergestellt wurde, hob der Vorsitzende die Sitzung auf, die auf Dienstag früh vertagt wurde. Doch blieben die Delegierten im Lokal, und die Agitation nahm wieder zu. Jouhaux brachte es fertig, eine Rede zu halten, in der er solche Ereignisse als für die ganze Arbeiterklasse beschämend bezeichnete. Eine Kommission wurde veranlaßt, in der Mehrheitsler und Minderheitsler gleich vertreten sind, um die Mittel zu studieren, mit den Arbeiten des Kongresses fortzufahren. Dann wurde die Sitzung endlich aufgehoben, und das Lokal leerte sich ohne weiteren Zwischenfall.

Zum Tode Trimborns sandte der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an Dr. Peter Spahn folgende Rundgebung: „Im Namen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sage ich Ihnen das herzlichste Beileid anlässlich des Todes Ihres Karl Trimborn. Als Führer der Zentrumspartei genoss Karl Trimborn weit über die Kreise seiner Partei hinaus unbestrittenen Ansehen. Unsere Fraktion wird Karl Trimborn stets ehrend im Gedächtnis behalten.“

Der Reichspräsident hat anlässlich des Todes Trimborns der Tochter wie der Zentrumsfraktion des Reichstages ein Beileidetelegramm geschickt.

Jede Nummer ein Reinfall! Reinhold Wulle kündigte sein Blättchen mit der Behauptung an, daß jede Nummer ein Ereignis sein werde. Die Nummern 1 bis 72 sind bisher auch regelmäßig etwas Besonderes, eine Art Ereignis mit vorgelegtem Minuszeichen gewesen. Jeden Abend quält sich das Wulle'sche Blatt ein Ereignis ab. Gestern lasen wir, daß Herr Wulle in Jena eine deutschvölkische Bewegung unter dem Motto: „Kriegsruhe und unauflösbare“, entsetzt habe. Also Kampf für Einheit und Renndrückbefreiung. In der gleichen Nummer entstellte Wulle die Seite über den Versuch einer Diele — „das Publikum ist müde“ — trotz Ohren- und Zahnschmerzen geschilbert. Aber Herr Wulle!

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften und Werkstudenten. Eine kommunistische Verleumdung.

Zeit einiger Zeit wird in kommunistischen Arbeitslosenvereinigungen erzählt, daß das Mitglied des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Genosse Knoll, vor „Arbeitermördern“, womit in Erinnerung an die Marburger Studenten, die deutsche Studentenschaft gemeint ist, gesprochen habe. Derselbe Knoll soll sich aber vorher ausdrücklich geweigert haben, vor Arbeitslosen zu referieren.

Die Vorgänge im Berliner Gewerkschaftshaus sind noch bekannt. In aller Erinnerung ist es auch, daß bei der ersten Demonstration unser Genosse Knoll zu den Arbeitslosen gesprochen hat und dafür recht unfsanft von ihnen behandelt wurde. Ist die Behauptung der „Roten Fahne“, von der Weigerung Knolls, zu Arbeitslosen zu sprechen, eine bewusste Lüge, so ist die, daß er vor „Arbeitermördern“ eine Rede gehalten hat, eine ganz niederträchtige Verleumdung.

Die „Deutsche Studentenschaft“ hielt unlängst in Erlangen den 4. deutschen Studententag ab. Die „Deutsche Studentenschaft“ umfaßt alle Studierenden ohne Unterschied darauf, ob sie das Halbkreuz oder den Sowjetstern tragen. Kein Student kann sich von ihr ausschließen. Die Beiträge werden mit den Kolleg-Geldern erhoben, was durch die Verfassung — die übrigens die Partei- und raspolitische Neutralität ausdrückt — festgesetzt ist. Die Wahlen zum Studententag werden auf Grund des allgemeinen, gleichen Verhältniswahlrechtes vollzogen, so daß jede Richtung zum Wort kommt. Diese Erläuterungen waren notwendig, um zu zeigen, daß die Organisation der Gesamtstudentenschaft nicht identisch ist mit den studentischen Verbindungen.

Zu diesem Studententag wurde der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eingeladen, weil eine Reihe wichtiger sozialer Fragen auf ihm besprochen werden sollte. Diese Einladung wurde angenommen und Genosse Knoll hatte den ADGB in Erlangen zu vertreten.

Im Mittelpunkt der Erörterungen stand der sogenannte Werkstudent. Das ist jener Student, der es sich heute nicht mehr leisten kann, auf Kosten seiner Eltern das Studium zu vollenden, und der, um es nicht aufzugeben, in Kohlenbergwerken, in der Landwirtschaft oder in den Fabriken während der Ferien arbeitet und dabei den christlichen Willen zeigt, mit den Interessen der Arbeiterschaft nicht in Widerspruch zu geraten, sich vielmehr mit ihr verständigen möchte. Diesen neuen Studenten hat der Genosse Knoll im Auftrage des Gewerkschaftsbundes und im Namen der Arbeiterschaft begrüßt und ihm deren Sympathien übermittelt. Er hat erklärt, daß, wenn so aus der Not der Zeit heraus der Beweis erbracht wird, daß Studium und Arbeit nebeneinander möglich sind, sich gewissermaßen ergänzen, der Student also Arbeiter wird, dann steht dem nichts mehr im Wege, daß der Arbeiter auch Student werden kann. Vielleicht könnten wir, so sagte Knoll weiter, auf dem Wege über den Werkstudenten am ehesten zur Einheitschule und er hat noch hinzugefügt, daß er sich davon auch eine geistige Befruchtung der Arbeit verspreche.

Aus dieser Sympathieerklärung der Gewerkschaften für den Werkstudenten, der sich gegenüber dem Sohn des Kriegs- und Revolutionsgewinners zu behaupten versucht, wird niemand etwas Arbeiterfeindliches herauslesen, es müßte denn ein Kommunist sein, dessen Bewegung fast ausschließlich geleitet wird von Studenten und Angehörigen der intellektuellen Kreise.

Nachklänge zur Metallarbeiterwahl. Unabhängige Bündnistreue.

Den Kommunisten ist großes Heil widerfahren. Die ersten sieben ihrer Delegierten sind gewählt, und zwar in der schönen Hauptstadt Sachsen, in Dresden. Dieser kommunistische Sieg ist eine Folge unabhängiger Bündnistreue und Charakterfestigkeit.

Seit der Wahl der Berliner Ortsverwaltung im Dezember v. J. sind unsere Parteigenossen im Metallarbeiterverband sehr oft mit den Unabhängigen zusammengegangen. Die Folge davon war, daß die SPD- und USF-Mitglieder des Beirats des Metallarbeiterverbandes für die eben abgeschlossene Delegiertenwahl beschlossen, daß Sozialdemokraten und Unabhängige in gemeinsamer Front den Kommunisten gegenübertraten. In allen Wahlbezirken sollte eine gemeinsame Liste dieser beiden Parteien aufgestellt werden. Dieser Anweisung ist nicht überall Folge geleistet worden. So z. B. nicht in Magde-

burg, wo unsere Genossen ihre gemeinsamen Gegner schlagen konnten, und auch in Dresden, wo unsere Liste unterlag.

Diese Seitenzüge der Unabhängigen brauchen nicht allzu tragisch genommen zu werden. Aber eine besondere Bedeutung erfährt ihr Verhalten durch die Kritik, die das Dresdener Wahlergebnis von seiten der „Freiheit“ erfährt. Dieses Blatt schreibt in seinem Leitartikel von gestern abend unter der Überschrift: „Ein Bruderkampf und seine Lehren“:

„Die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie hatten nichts unversucht gelassen, um die Kommunisten für die gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit wiederzugewinnen. Aber das Diktat von Moskau war für sie in der Regel bestimmender, als die aus vernünftigen Erwägungen entspringende Einsicht. Nur in einem Falle, soweit wir bisher übersehen können, fanden sich Unabhängige und Kommunisten zusammen. Das war in Dresden. Dort hatten sie eine gemeinsame Liste aufgestellt.“

Nach diesen Worten der „Freiheit“ haben also die Mitglieder der USF den Pakt, den sie mit unseren Parteigenossen schlossen, dazu mißbraucht, um hinter dem Rücken der Vertragskontrahenten mit den Kommunisten Geschäfte zu machen. Das Bedauern der „Freiheit“, daß die Einigung mit den Kommunisten „nur in einem Falle“ gelungen ist, wirkt besonders komisch angesichts der nachstehenden Zitate, die vor etwa vier Wochen in den Spalten der „Freiheit“ zu finden waren:

Am 21. Juni schrieb die „Freiheit“ in ihrer Morgenausgabe, anschließend an die Vorgänge im Gewerkschaftshaus, die Kommunisten „sind schlichtweg die ärgsten Schädlinge der Arbeiterbewegung, mit denen gemeinsame Aktionen ganz unmöglich sind, weil sie jede Aktion nur kompromittieren. Deswegen muß sich die Arbeiterschaft von diesen Leuten mit Abscheu und Verachtung abwenden.“

Am 22. Juni war in der Morgenausgabe der „Freiheit“ folgender Absatz zu finden: „Aber das Gesindel (die Kommunisten), irrt sich. Und so leicht, wie es sich vorstellt, wird es die russischen Subsidien nicht verdienen. Wir lassen uns die Gewerkschaften weder von innen heraus zerprengen, noch von außen zertrümmern.“

Im Abendblatt vom selben Tage war im Feitdruck folgender Satz zu lesen: „Freiheit, Erbärmlichkeit und Gewissenlosigkeit, daraus besteht jetzt die kommunistische Bewegung.“

Wir wollen es bei diesen Zitaten bewenden lassen und vor allen Dingen nicht wiedergeben, was die „Leipziger Volkszeitung“ am Montag in einer Besprechung des Leipziger Wahlergebnisses über die „großmäulige kommunistische Agitation“, über den „verlogenen“, „Roten Kurier“ und die „nicht minder verlogenen Flugblätter“ der Leipziger Kommunisten gesagt hat.

Aber wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit jener Aufforderung der „Freiheit“, sich vor den „unsicheren Kantontisten“, mit denen wir gemeint waren, zu hüten und „achtungsgiebende Distanz“ zu wahren. Wir stellen fest, daß wir überall getreu der getroffenen Abmachungen gehandelt haben, daß die Unabhängigen aber Treubrücke begangen haben und daß die „Freiheit“ bedauert, daß dieser Treubruch ihres Wissens nur in Dresden begangen wurde. Wir ziehen aus diesen Tatsachen die Schlussfolgerung und warnen mit den Worten der „Freiheit“ die Arbeiterschaft vor „den unsicheren Kantontisten“.

Nachstehend, noch weitere Wahlergebnisse: In Leipzig siegte die Amsterdamer Liste mit 6713 Stimmen über die Moskauer, die nur 4162 Stimmen erhielt. In Jwkau wurden für die USF-Vertreter 1000 Stimmen, für die Kommunisten 600 abgegeben. In Bremen wurde mit großer Mehrheit die Amsterdamer Liste gewählt. In Dresden konnten die vereinigten Unabhängigen und Kommunisten mit 7800 über 8900 sozialdemokratische Stimmen triumphieren.

Bei diesen Wahlergebnissen ist zu beachten, daß überall nur zwei Listen zur Wahl standen und die einfache Mehrheit entscheidend war. Die unterlegene Liste ist daher überall völlig ausgefallen.

Die Verhandlungen im Buchdruckgewerbe.

Am gestrigen Morgenblatt brachten wir die kurze Mitteilung, daß eine Einigung für das Buchdruckgewerbe erzielt worden sei. Wir erfahren dazu noch folgende Einzelheiten:

Am Anschlag an die zentralen Tarifverhandlungen wurde am 27. Juni ein Schiedspruch gefällt, dessen wesentlichen Inhalt wir unseren Lesern mitgeteilt haben. Die Unternehmer hatten diesen Schiedspruch abgelehnt, und dadurch erübrigte sich eine Erklärung der Arbeiter über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs, der nirgends Befriedigung auslöste.

Die Verhandlungen waren dadurch auf dem toten Punkt angelangt. Um sie jedoch wieder in Fluß zu bringen, hat das Reichsarbeitsministerium beide Parteien aufgefordert, zum 18. Juli Vertreter nach Leipzig zu entsenden, um in gemeinsamer Aussprache noch neuen Wegen zu suchen, die zu einer Verständigung

föhren würden. Von Arbeiterseite wurde in diesen Verhandlungen im besonderen eine Erweiterung des Schiedspruches auf die Ledigen der B-Klasse und eine Berücksichtigung der Klasse A gefordert. Die Unternehmer stimmten schließlich einer materiellen Auswirkung des Schiedspruches für die Ledigen der B-Klasse zu, verlangten aber eine Bindung für 3 Monate. Es wurde dann folgender Einigungsvorschlag gemacht, den die Vertreter beider Parteien ihren Auftraggebern unterbreiten sollten:

1. Das unter dem 8. November 1920 abgeschlossene Lohnabkommen mit seiner Erneuerung gilt nunmehr mit Einschluß der Wirtschaftsbefehle bis zum 31. Oktober 1921. — 2. Die Ledigen der Klasse B erhalten außer der bisherigen Wirtschaftsbefehle eine monatliche Zulage, und zwar in den Orten bis einschließlich 7 1/2 Proz. Lokalzuschlag 12 M., 7 1/2 „ „ 14 „ „ „ „ „ 17 „ „ „ „ „ 25 „ „ „ 17 „

3. Zu Protokoll wird erklärt: Die Vertragsschließenden sind sich darüber einig, daß die in Aussicht stehende Erhöhung der Brotpreise, die für rationiertes Brot eine Erhöhung etwa bis zu 7,50 M. und für den freien Laib Brot (1900 Gramm) etwa 12 bis 13 M. betragen soll, keinen Anlaß für neue Forderungen der Gehilfenchaft innerhalb der Vertragsdauer bietet. — Dagegen steht es der Gehilfenchaft frei, im Laufe des Oktobers neue Forderungen für diesen Monat zu stellen, sobald die amtliche Indizes der statistischen Reichsamts eine Erhöhung der Feuerungsgebühr um mindestens 15 Proz. gegenüber den Juniwahlen zeigt.

Zu diesem Vorschlag nahmen am 21. und 22. Juli die Bauvorsteher und der Gesamtvorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker Stellung. Nach einer eingehenden Aussprache kam man einmütig zu der Auffassung, daß dem Einigungsvorschlag in der vorliegenden Fassung die Zustimmung verweigert werden müßte. Um jedoch alle sich bietenden Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, wurde beschlossen, dem Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins telegraphisch mitzuteilen, daß am Montag eine Gehilfenkommission bereit sei, eine erneute Aussprache über die bedenkliche Situation vorzunehmen.

Die neuen Verhandlungen fanden am Montag im Reichsarbeitsministerium statt und führten zu folgendem Ergebnis:

„Der am 27. Juni 1921 im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedspruch wird mit folgender Änderung angenommen:“

1. Die ledigen Gehilfen der Klasse B, alle Gehilfen der Klasse A, alle vom Schiedspruch nicht erfaßten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen erhalten eine monatliche Zulage in den Orten bis 7 1/2 Proz. Lokalzuschlag von 15 M., in Orten über 7 1/2 bis 17 1/2 Proz. 18 M. und in allen übrigen Orten 20 M. Ausgelernte Gehilfen, jugendliches Hilfspersonal und Lehrlinge erhalten eine monatliche Zulage von 10 M.

2. Neue Verhandlungen sollen in der zweiten Hälfte des Septembers im Tarifauschuss stattfinden.“

In den Monaten August bis September würde die Wirtschaftsbefehle oder die Proporzzulage nunmehr betragen: In Orten bis einschließlich 7 1/2 Prozent Lokalzuschlag für Tarifklasse C: Verheiratete 73,50 M., Ledige 58,50 M. Tarifklasse B: Verheiratete 66 M., Ledige 58,50 M. Tarifklasse A: 15 M. In Orten mit mehr als 7 1/2 Proz. bis einschließlich 17 1/2 Proz. Lokalzuschlag: für Tarifklasse C: Verheiratete 88 M., Ledige 70 M. Tarifklasse B: für Verheiratete 79 M., Ledige 70 M. Tarifklasse A: 18 M. In allen übrigen Orten, darunter Berlin, für Tarifklasse C: Verheiratete 110 M., Ledige 87,50 M.; für Tarifklasse B: Verheiratete 98,75 M., Ledige 85 M.; für Tarifklasse A: 20 M. Neu ausgelernte Gehilfen, jugendliches Hilfspersonal und Lehrlinge 10 M.

Durch diese Vereinbarungen dürften die äußerst schwierigen und langwierigen Tarifverhandlungen vorerst ihr Ende erreicht haben. In den für September in Aussicht genommenen neuen Verhandlungen wird versucht werden müssen, eine weitere Verbesserung der Lebenslage der Angehörigen des Buchdruckgewerbes zu erreichen.

Vom Steif im Textilgroßhandel. Gestern fand wieder eine Versammlung der streikenden Handelshilfsarbeiter des Textilgroßhandels statt. Walter konnte mit Genehmigung berichten, daß jetzt mehr als 100 Firmen die Mindestforderungen und die Wirtschaftsbefehle bewilligt hätten. Als ganz besonderes Schreckmittel sprechen jetzt die Unternehmer die fristlose Entlassung aus. Dadurch brauche sich aber niemand erschrecken lassen. Denn ganz selbstverständlich werde der Kampf nicht eher beendet, bis sämtliche Streitenden wieder eingestellt seien. Heute finden nun Verhandlungen statt, über deren Resultat um 5 1/2 Uhr auf dem Hof des Gewerkschaftshauses berichtet wird.

Ein Zimmerstreik wird heute heute früh in Berlin und Umgebung einsehen, weil die Unternehmer sich weigern, die Lohnforderungen der Arbeiter zu bewilligen.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin. Vindstr. 3. Cirrus 1 Verlag.

Deutscher Metallarbeiterverb.
Verwaltungsstelle Berlin.
Für Mitglieder zur Nachricht, daß der Kollege, der Metallarbeiter
Karl Moldenhauer
am 21. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstags, den 25. Juli, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Grödenstr. statt. Bitte um Teilnahme erwünscht. 94/13

Nachruf.
Den Mitgliedern meiner Kameradschaft, daß der Kollege, der Helfer
Karl Schubert
am 21. Juli gestorben ist.
Eure Kameradschaft!
Die Ortsverwaltung.

Prismen-Feldstecher
besond. Zeiss u. Goetz werden ständig angekauft
Phothaus Stockmann
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135

Vordrucksitzende und Erfinder
Satz bedruckbarer
Kartons und Anzeigen
gebende Erfindung: Ein neuer
Beitrag zum
J. G. Schmidt & Co.
Berlin, Köpenicker Str. 71.

Parzellen
Günstige Lage, verkauft billig
Sturzwinkel, Berner, Bohnhof
Sturzwinkel, Gausmannstr. 7

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen.
Wegen Renovierung meiner Geschäftsräume
Extra billige Preise!!

Reinwoll. Trikot-Sportjacken 132 Kunst- 140 Baum- 40
Impr. Regenmäntel 165, Impr. Seidenmäntel 240, 355
Gummimäntel für Damen 297, für Herren 350
Reinwoll. Tuchcapes 496, Reinwoll. Tuchmäntel 315
Kostüme während der Renovierung 125, 215, 340, 450
Stoffröcke 44, 66, Seidenröcke 109, 185

Während der Renovierungszeit!!
Astrachanmäntel 130 lang 285, Plüschmäntel 570
Sealplüschmäntel in Qual. auf Blumenseide 2150
Pelzmäntel wunderbare 2400, 2800, 3500
Ausführungen
Ia Ulster beste Qualitäten 495

Westmann
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Gold - Platin - Silber - Münzen
Kaufe ständig zu höchsten Preisen
Neuhaus, Roßstr. 8
Nähe Spittelmarkt
Einkauf nur im Laden, nicht im Hof

Die Abteilung der Leibestrudel
von Univ.-Professoren
A. Großjohn u. G. Rothbrach
Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen!
Preis M. 2,-
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2

Möbel
zu niedrigsten Preisen
direkt an Private.
Auswahlsort.
Schlafz. 1688-18765 M.
Speis. 1710-18670 M.
Bettz. 1755-17845 M.
Wohnz. 875-5690 M.
Küchen 445-2885 M.
Lieferung inkl. Lagerung
kostenlos. 10jähr. Garantie.
Möbel-Haus Rejewske
Berlin, Dabstr. 66

Erfolg
haben Inserate im
Vorwärts
Wanzen und deren Brut
vertilgt restlos nur Kammerjäger Berg's Nicolaas.
Erfolg verbürgend. Kinder, anzw. Danksch. v. überall
Beste Zeit zur Brutvernichtung. Doppelpackung 7 Mk.
Erhältlich bei sämtlichen Warenhäusern A. Wertheim,
sonst porto Berlin 315
frei von **Hermann A. Groesel** Königgrätzer Str. 49

Parzellen
in Gagerodorf, 15 Minuten
vom Dolnhof Strausberg
entfernt, zu verkaufen. Kühn & Co.
Berlin, Dorostr. 11. Aufz. 2963

**Krause
Pianos
zur
Miete**
Ansbacher Straße 1,
Ecke Kurfürstenstraße

Bekanntmachung
Die vom Vorstand und Ausschuss der Rasse beschlossene
Veränderung der §§ 23, 20 u. 22
der Satzung ist unter dem
19. Juli 1921 vom Oberverwaltungsamt
Berlin genehmigt
worden und tritt als **gesetzliche
Satzungsänderung** am 1. August
1921 in Kraft. Dem genannten Zeitpunkt
ab wird nach sofortiger
monatlicher Mitgliedschaft das
Stammrecht für 39 Wochen, und
das Stimmrecht im vormaligen
Betrag des Grundbogens
gebilligt.
7/10
Tauschgegenstände der Satzungs-
änderung sind vom 1. August
ab im Rahmenamt erhältlich.
Der Vorstand der Octa-
fonenfabrik der Göttinger
zu Berlin

**Reklame-Genossenschaft
Groß-Berlin**
G. m. b. H. in Reg.
Aufgeleitet am 21. März 1921.
Bilanz: Oktober-31/21:
Ausgaben 49 919 13 M.
Einnahmen 37 164 95 „
Re. 12 754 18 M.
Inventar 4 000 „
Barbestand 2 681 80 „
6 681 98 M.
Eingezahlte Kap. 10 436 „
B-Rückst. 6 681 98 „
36700) 17 118 96 M.
Seylarth. Grosse. Drogmann.

Von der Reise zurück
San-
Dr. Vollmann
Schlesische Straße 40a

**Hühner-
augen**
Tupfentierärztliche entfern-
ung ohne Schmerzen. 30
Jahre bewährt. Mit
Festigungsgeschäft 4,50. Orte
Kiel, Elm., Eisenbahnstr. 4

Verlorenes Kinderland.

Von Anna Blos.

In seiner Broschüre „Die Wirkungen der englischen Hunger-Morade auf die deutschen Kinder“ hat Lic. Dr. Fr. S. Schulze auf die traurigen Folgen des Hungers auf unsere deutschen Kinder hingewiesen. Mit Recht sagte er damals, 1919, schon, daß das Sterben nicht das größte Uebel bedeute. Tragischer und bedeutsamer wäre das Siechtum der kommenden Jahre und der ungeheure Geburtenrückgang wäre fast zu begrüßen. Nun wird gerade in diesen Tagen Sturm gelaufen gegen die Forderung einiger Reichstagsabgeordneten, dem § 217 einen Gesetzesparagrafen beizufügen, der den Frauen Straffreiheit zusichert, welche die Unterbrechung der Schwangerschaft in den ersten drei Monaten, und zwar mit Hilfe eines approbierten Arztes vornehmen.

Zunächst einige Fragen: Ist es Zufall, daß gerade die Familien die wenigsten Kinder haben im allgemeinen, die große Wohnungen innehaben, Räume, in denen Luft, Licht, Raum und Sonne genügend vorhanden sind, um Kindern eine möglichst günstige körperliche Entwicklung zu sichern? Wie kommt es, daß gerade die Familien im allgemeinen die wenigsten Kinder haben, denen Milch in genügender Menge zur Verfügung steht, die keine Sorge darum haben brauchen, wie sie weißes Mehl, Nährmittel, Obst, Gemüse, Fleisch beschaffen sollen?

Wäre die Natur gut und gerecht, so müßte ja gerade in solchen Familien Kinder reichum herrschen, und in den armen Proletarierfamilien, wo sechs, sieben und mehr Kinder keine Seltenheit sind, müßte die Kinderzahl den ländlichen Verhältnissen angemessen sein. Offen und ehrlich sind diese Fragen noch nicht beantwortet worden.

Zunächst die Wohnungsverhältnisse. Es war eine traurige Tatsache, daß schon vor dem Kriege die arme Bevölkerung mit den schlechtesten, aber gleichzeitig teuersten Wohnungen zufrieden sein mußte. Die Berichte der Berliner Ortskrankenkassen geben ein geradezu erschütterndes Bild davon, wie die arme Bevölkerung in Berlin vor dem Kriege hausen mußte, denn Wohnung kann man diese Löcher, hoch unter dem Dach, tief unten im Keller, nicht nennen. Wer die Schilderungen armer kinderreicher Mütter liest, wenn sie Wohnung suchen müssen, der weiß es, und die in der Kriegsvorsorge tätigen Personen haben auch hier manchen Einblick tun können, wie solche kinderreichen Mütter von Haus zu Haus irren. Der Hauswirt will sie nicht aufnehmen, weil er meint, daß selbst die elendste Spelunke durch viele Kinder Schaden leidet. Die übrigen Familien wollen sie nicht dulden, weil sie den Schmutz und den unvermeidlichen Lärm auf den Treppen nicht ertragen mögen. Gegen viel gute Worte und eine Miete, die in keinem Verhältnis steht zu der Wohnungsgröße, findet schließlich die kinderreiche Familie Aufnahme.

Und die Notwohnungen? Erst vor kurzem beschrieb ein Frankfurter Arzt, in welcher Verzweiflung oft junge Frauen zu ihm kommen die geheiratet haben, denen ein Zimmer, im besten Fall noch Küchenbenutzung zur Verfügung steht. Sie haben das Zimmer erhalten unter der Voraussetzung, daß keine Familie kommt. Nun haben sie keinen Platz für ein Kinderbett, keine Möglichkeit, das Kind zu baden, Kindermilch zu waschen, und der Vermieter will kein Kindergeräth hören! „Ja, warum wird auch so jung und unbedacht geheiratet?“ Wie oft hört man das. Wissen die Leute nicht, daß es einen Geschlechtstrieb gibt, und zwar bei beiden Geschlechtern? Bei dem Mann ist es ja staatlich anerkannt. Da baut man Bordelle, duldet die Prostitution. Man denke dabei, abgesehen von der Moral, an die Gefahr der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Die Prostituierte muß sich der Behandlung unterwerfen. Der Mann bleibt unbehelligt. Er trägt ruhig die Syphilis in die Familien. Der Prozentsatz der verheirateten syphilitisch erkrankten Männer beträgt etwa 25 Proz. Die Unverheirateten dürfen, auch wenn sie krank sind, junge unverdorbene Mädchen heiraten, junge Kinder. Warum

*) Dasselbe Thema wird in der soeben erschienenen Schrift: „Die Abtreibung der Leibesfrucht“ von Grotjahn und Radbruch (Verlag Vorwärtsbuchhandlung) behandelt, auf die zurückzukommen wir uns vorbehalten. Red. d. „B.“.

kümmert sich hier der Staat nicht um die Verbreitung der entsehligen Volksseuche?

Und die Ernährung? Die meisten deutschen Kinder über 6 Jahre erhalten heute keine Milch mehr. Aber selbst da, wo sie Anspruch auf Milch haben, kann sie häufig nicht angeschafft werden. Wieder will ich ein Münchener Beispiel anführen. Eine Familie mit 4 Kindern im Alter von 4 Monaten, 1 1/2, 3 und 5 Jahren, von denen das kleinste noch gestillt wird, hat Anspruch auf 3 1/2 Liter Vollmilch. Diese kostet im Monat 161 M. Beim Einkommen von monatlich 1000 M. würde also die Milch für die Familie genau ein Sechstel des Einkommens verschlingen. An alle anderen Nahrungsmittel ist dabei noch gar nicht gedacht!

Oberschwester Woerner besaß sich in ihrem Referat besonders mit der Not der kinderreichen Familien. Es fehlt überall an Matratzen, an Betten, an Leinentüchern. Auch in besser situierten Familien kommt selten mehr als ein Leinentuch auf eine Person. Von den Armen besitzen mindestens zwei Drittel kein ganzes Leinentuch mehr. Kein Leinentuch bei Entbindung und in Krankheitsfällen!

Interessant ist auch die Kuffstellung der Anschaffungskosten für ein Neugeborenes. Erstlingsmische kostete 1914 35 M., 1920 409 M. Ein Korb mit Inhalt 1914 58 M., 1920 517 M. Bodenmannen u. a. m. 1914 30 M., 1920 413 M., Kinderwagen 1914 35 M., 1920 800 M., Wickeltischen 1914 6 M., 1920 260 M. Der Gesamtverbrauch betrug also 1914 167 M., 1920 2172 M., also ein Fünftel des Jahreseinkommens eines gelernten Arbeiters. Wer kann es einer Mutter verdenken, wenn sie die Schar ihrer hungernden, frierenden Kinder nicht vermehren will? Allerdings, sie kann die Säuglinge ja in Moos betten, in Zeitungspapier wickeln, in Hutschachteln schlafen lassen, wie das häufiger vorkommt, als man glaubt! Wer hat den Mut, ihr dazu zu raten? Und glaubt man, daß heute Staat und Gesellschaft solchem Elend steuern können? Und die Wäsche und Kleider der Großen?

Und die Erziehung? Gewiß, die Verfassung sichert kinderreichen Familien Erziehungsbeiträge. Aber hier sind es gerade die großen Söhne, die schnell mitverdienen sollen, die großen Töchter, die die Mutter unterstützen sollen. Also so schnell wie möglich ein ungelerner Beruf, der Geld einbringt. Wer weiß das nicht, der mit Schulklassen gesungen zu tun hat!

Wohl heißt es in der Verfassung, daß jede Mutterschaft geschützt werden soll. Aber im Grunde steht diese Forderung auf dem Papier. Noch heute gibt es zweierlei Moral, ist die Ablegung der Vaterschaft möglich. Noch heute liegt alle Verantwortung, alle Schande auf der unverheirateten Mutter. Noch heute kann verfügt werden, daß eine unverheiratete Beamtin entlassen wird, wenn sie ein uneheliches Kind hat. Warum nicht auch der Beamte? Und wenn die Beamtin schutz- und mittellos ist und dadurch zur Abtreibung gezwungen wird, was blüht ihr dann? Die Zuchthausstrafe! Die ganze Grausamkeit der Frauen zeigt sich darin, daß die Beamtinnen selbst nicht mit einer „Gefallenen“ im Amt bleiben wollen. Der „gefallene“ Beamte scheint sie weniger zu stören!

Gewiß, es gibt Mittel, um die Empfängnis zu verhindern. Aber ist ihre Anwendung denn moralischer, wenn man überhaupt von Moral in solchem Fall sprechen will. Und sind diese Mittel nicht auch wieder nur denen zugänglich, die Geld haben? Uebrigens haben die Strafparagrafen auch wenig Zweck, denn nach Professor Blaschko hat die Zahl der Abtreibungen in den letzten Jahren sich von 20 auf 50 Prozent gesteigert, und zwar nach Professor Silbergleit nicht bei den ersten und zweiten, sondern meist bei den späteren Geburten.

Man meint auch, der ungezügelter Geschlechtstrieb unserer Jugend würde durch unsere Forderung gefördert. Eine Abhilfe gegen die sittliche Gefährdung liegt in den überfüllten Wohnungen. Abgesehen von den Wohnungskrankheiten unserer Proletarierjugend, Tuberkulose, Syphilis, Strophulose, Rachitis usw., welche sittliche Verwahrlosung muß eintreten?

Mit viel Aufwand von Pathos betonen die Gegner unseres Antrages, daß sie „deutsche Männer und Frauen sind“. Nun, auch wir Sozialdemokraten sind deutsche Männer und Frauen. Auch unsere Männer, Söhne, Brüder haben gekämpft und geblutet. Tausende armer Frauen haben den Ernährer verloren. Aber wir haben das Elend, den Jammer gesehen, die das Stablab des Krieges über unsere deutschen Frauen gebracht hat. Wir wollen vermeiden, daß tausende deutscher Kinder zu stehlen oder gar schädlichen Ge-

schöpfen heranwachsen. Darum wollen wir unseren Müttern die Möglichkeit geben, zu zuverlässigen, sozial denkenden Ärzten zu gehen, statt daß sie sich, wie heute, trotz schwerer Strafparagrafen in die Hände gewissenloser Kurpfuscher begeben, die sie unter Umständen für immer unfruchtbar machen oder ihren Tod herbeiführen.

Eine sachgemäß vorgenommene Unterbrechung der Schwangerschaft ist ja auch nicht gefährlicher wie eine schwere Entbindung. Bedingung ist natürlich, daß der Keim noch nicht lebensfähig ist. Wir glauben hier deutscher zu empfinden als jener alldeutsche Professor, der meinte, 10—15 Millionen Geborener müssen zugrunde gehen, aber „das tut nichts“. Was wir vor allem fordern, das ist das prophylaktische Verfahren. Man soll die Menschen so erziehen, daß sie nicht dem Strafgesetzbuch, das so sehr verbesserungsbedürftig ist, zum Opfer fallen. Darum wollen wir eine starke Erziehung zum Verantwortungsgefühl in jedem Mädchen, jedem jungen Mann. Keiner ist Selbstzweck, sondern Wegmacher auf dem Ziel zu einer besseren Zukunft. Aber nicht nur das Verantwortungsgefühl des einzelnen soll gefördert werden. Auch Staat und Gesellschaft müssen viel mehr zum Gefühl der Verantwortung gebracht werden. So lange sie nicht helfen, daß jedes Kind, das geboren wird, zu einem körperlich und geistig tüchtigen Menschen erzogen werden kann, so lange wird Mutterglück noch in unzähligen Fällen Mutterleid bedeuten, und jedes Recht zum Eingreifen und Strafen fällt fort. Aber wir Frauen sind so sehr zum Wiederaufbau mitberufen. Was wir aufbauen wollen, das ist Kinderland, glückliches, sonniges Kinderland, nicht durch Strafparagrafen, sondern durch Stärkung des sozialen Bewusstseins und des wahrhaft sittlichen Empfindens.

Groß-Berlin

Der Kuckuck.

Die Chinesen haben den Mut gehabt, ihre Zöpfe abzuschneiden, die Justiz kann sich dazu noch immer nicht aufschwingen. Um nur einen dieser Zöpfe vorzuführen:

Die Siegelmarke, im Volke der „Kuckuck“ genannt, bildet eine Schädigung des Kredits, eine unnötige Härte und Verärgerung des anständigen Schuldners und eine Gefährdung der Ehre. Und wozu das alles. In keinem Lande Europas besteht eine solche Einrichtung. Die Siegelmarke wird durch Unterschrift des Schuldners im Protokoll ersetzt, und dadurch wird der Zweck der Pfändung völlig erreicht.

Der Gerichtsvollzieher, der heute den Kuckuck ankleben muß, leidet persönlich darunter, denn er, der nur seine Pflicht als Beamter tut, ist an sich schon der bestgehütete Mensch. Seine Aufgabe als Beamter ist so schwierig, weil er die Verbindung zwischen Richter und dem Publikum herzustellen hat. Das Ankleben der Siegelmarke ist ein Akt, der je nach Temperament, Stand, Erziehung des Schuldners Schamerzeugung und Aerger hervorruft. Der Gerichtsvollzieher, wenn er auch stumm seine Pflicht tun muß, empfindet es hart, wenn er unter den heutigen Verhältnissen sein veranlagte Menschen kranken muß, ohne in der Lage zu sein, seiner Pflicht eine gemilderte Form zu geben.

Die Zwecklosigkeit des „Kuckucks“ ist praktisch dadurch dargetan, daß vielfach das „Pfandpfand“ abgerissen wird, ohne daß man den Schuldner fassen kann, denn das Siegel kann abgefallen sein. Auch wird sich nur selten ein Gerichtsvollzieher finden, der Anzeige erstattet, denn sein Takt verbietet es ihm, den bedrängten Schuldner noch weiterhin zu schädigen.

Nach der Befehlsgebung gilt noch Anlegung des Siegels die Pfändung als getätigt, aber diese Täatigung kann durch das Protokoll, also die Aufführung der Pfandstücke und die Unterschrift des Schuldners, leicht ersetzt werden.

Es ist Sache der obersten Justizverwaltung, einem berechtigten Wünsche, der nicht nur aus den Reihen der Gerichtsvollzieher, der Handels-, Landwirtschafts- und Rechtsanwaltskammern, sondern auch aus den breiten Schichten des Volkes heraus entspringen ist, bei der Vorlage der zu erwartenden neuen Zivilprozessordnung Rechnung zu tragen.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Die Zimmer rochen wie nach Moder, die Luft war schlecht. Er rühr sofort die Fenster auf und badete sich in der Sonne, die nun, als habe sie Verfümtes nachzuholen, warm und wie flüssig hereindrang. Zwischen den Bäumen vor dem Hause hielten sich zwei Spatzen unter lautem Spektakel. Reiskner wandte sich von diesem Bild ab, das zu idyllisch war, als daß es seine vibrierenden Nerven hätte beruhigen können. Er ging an das Telephon und ließ sich, mit den Fingern ungeduldig auf der Tischplatte trommelnd, verbinden. „Hier Reiskner. Sind Sie es selbst, Mannheimer?“

Die Stimme aus dem Geschäftsviertel der Friedrichstadt bejahte.

„Sie sprachen mir vor ein paar Wochen von der Sache Braß. Ist sie noch zu machen?“

Wieder bejahte der Partner.

„Ja? ... Gut, dann besuchen Sie mich morgen! ... Ob ich Lust habe, zu kaufen? Vielleicht ... Also auf morgen. Schluß!“

Reiskner wanderte pfisend durch sämtliche Zimmer, alles daraufhin betrachtend und prüfend, ob es auch Lucie gefallen würde. Hier fehlte das, dort jenes, und er machte sich Notizen darüber. Und doch war er mit seinen Gedanken gar nicht bei der Sache. Etwas anderes spukte ihm im Kopf herum, etwas Großes, das, wenn es gelang, ihn den Absichten für seine Zukunft um einen großen Schritt näher brachte.

Der Kommissionär Mannheimer, mit dem er schon wiederholt Geschäfte abgewickelt hatte, hatte ihm gegenüber geschwäteweise einiges von der Automobilfabrik A. Braß und Sohn verlaufen lassen, einem Unternehmen, das, mit zureichenden Mitteln gegründet, anfangs auch prosperiert hatte, um dann, nachdem sein Gründer gestorben und es in die Hände geschäftsuntüchtiger Erben gekommen war, in der Erzeugung und im Absatz allmählich immer mehr zurückzugehen.

Es war schon lange verlaufen, doch hatte bisher, obgleich es billig und unter günstigen Bedingungen zu haben war, noch niemand so recht die Lust und den Mut gefunden, es an sich zu bringen, auch Reiskner nicht, der mit den Be-

sitigern — einer Witwe mit noch zwei unmündigen Kindern — wohl schon so halb und halb verhandelt, schließlich von einem Kauf aber doch abgesehen hatte.

Heute aber sah er die Sache mit einem Mal ganz anders. Seine Phantasie, durch die Erlebnisse der letzten Wochen beflügelt, malte sich die Wirkungen aus, die es haben müßte, wenn dem Unternehmen mit Hilfe einer großzügigen Reklame, die einige hunderttausend Mark nicht ansah, wieder aufs neue Leben eingeblasen wurde.

Man durfte keine Zeitung, keine Zeitschrift aufschlagen, an keiner Liffahäule vorübergehen können, ohne auf die schreienden Worte „Braß-Automobile“, „Braß-Motore“ zu stoßen.

Daß eine solche Reklame, die die Fabrik dummerweise bisher vermieden hatte, enorme Wirkungen auf den Absatz haben müßte, war natürlich klar, und die Frage war nur, ob auch genug Geld vorhanden sein würde, um einige Jahre durchzuhalten.

Reiskner geriet allmählich in Feuer, seine Gedanken entzündeten sich und wurden doch sogleich wieder von einem Willen, der kühl und sachlich war, gebändigt.

Er setzte sich an den Schreibtisch, griff zur Feder und begann, zu rechnen.

Es verging der Mittag, der Nachmittag und wurde langsam Abend, — aber er sah noch immer am Schreibtisch und rechnete und kombinierte und rechnete wieder.

Sein Gesicht war von Spannung und Erregung gerötet, doch seine Lippen preßte eine eiserne Tatkraft zusammen. Er träumte und phantasierte nicht mehr, er rechnete.

Als es dämmerte, stand er auf und ließ sich von Protop Schinken, Eier und Tee bringen.

Er aß alles mit einer Gier, die gar nicht darauf achtete, was sie verschlang.

Dann aber lehnte er sich erschöpft in den Sessel zurück und brannnte sich eine seiner besten Importen an.

Er war entschlossen.

16.

Der vierundzwanzigste Juli war der Tag, an dem, vormittags um elf Uhr, auf dem Standesamt die Trauung Reiskners mit Lucie vollzogen werden sollte.

Der Tag sollte ohne jede Feierlichkeit und ohne jede Feier verlaufen, das hatten sie beide beschlossen. Er brachte nur die

äußerliche Befestigung dessen, worüber sie sich innerlich schon längst einig waren. Sie hatten zu niemandem von dem Tag ihrer Trauung gesprochen. Sie wollten niemanden sehen und allein sein. Kein dritter sollte in ihr Leben etwas hineinzureden haben, weder im Guten noch im Bösen.

Reiskner hatte sich von Protop, der auch weiter im Dienst seines Herrn verblieb, während für Lucie ein Dienstmädchen und eine Köchin zur Verfügung standen, die sie sich selbst gewählt hatte, schon um sechs Uhr wecken lassen.

Er war unruhig und von einem jener leisen Angstzustände befallen, die sich bei manchen Menschen einfließen wenn ihnen ein Glück, an das sie wohl geglaubt haben, das aber doch mehr nur ein Bestandteil ihrer Träume war, endlich zur Wirklichkeit wird.

Und dieser sonderbare Zustand übertrug sich auf alle seine Glieder. Sein Gang war unsicher, vor seinen Augen flimmerte es, und seine Zunge formte nur mühsam Worte und Sätze. Auch das Frühstück schmeckte ihm nicht, obwohl er hungrig hatte. So setzte er sich zu einem Glase Wein und versuchte es, zu rauchen.

Dabei versiel er in eine halbwahe Träumerei, aus der er von Zeit zu Zeit aufschreckte, wenn etwa die Standuhr in dünnen, kurzen Leuten schlug oder wenn etwa draußen die Türen gingen. Denn mit der Ruhe, die dies Haus sonst eingehüllt hatte, war es heute vorbei. Hundertelei war zu tun, und die neuen Dienstmädchen hatten nicht die leise Art, die Reiskner zu lieben gelernt hatte.

Wie lange er so geessen hatte, hätte er nicht anzugeben vermocht. Es konnten immerhin Stunden gewesen sein, denn Protop trat jetzt ein und übergab Reiskner die Post.

Reiskner sah sie gar nicht an, sondern warf sie achtlos auf den Tisch. Dabei fiel ein Brief auf die Erde, den Protop aufhob und seinem Herrn neuerdings überreichte.

Reiskner warf einen flüchtigen Blick darauf, stuchte aber plötzlich und sagte zu seinem Diener, indem er diesen scheu ansah: „Protop, es ist gut ...“

Er war wieder allein, trat an das Fenster und betrachtete die Schrift, die ihm unbekannt war. Aber was seine Augen immer wieder anzog, war ein blauer Geschäftsstempel, der dem Umschlag aufgedruckt war: „Gefängnisverwaltung“

(Fortf. folgt.)

Das Paradies in der Wohnung.

Vom Wetter, von der Schupo und anderen Dingen.

Nach immer ist die erste Abkühlung nicht eingetreten. Auch der Gewitterregen, der in den gestrigen Nachmittagsstunden einsetzte und vom Westen nach dem Osten strich, hat für die von ihm betroffenen Stadtteile die dem Magistrat höchst angenehmen und erwünschten Funktionen eines Riesensprengwagens ausgeübt. Das Publikum pilgerte wieder in Scharen in die Freibäder hinaus und die Nichtschwimmer hatten das zweifelhafte Vergnügen, nahe den Ufern in Bouillon zu baden. Der Wollschwamm nennt die warme Bräde allerdings ganz anders. Die ganz Schläuen aber lieben schon am frühen Morgen die Vorhänge und Jalousien herab und ergingen sich in der also von Sonnenstrahlen abgesperrten Wohnung vielfach im paradiesischen Urzustand. Und da es jetzt schon richtige Kessel gibt, soll es gar vorgekommen sein, daß so eine nette appetitliche Eva dem Adam einen hübschen runden Apfel hingehalten hat! Da, beiß mal rein. Und er, natürlich, er beißt auch wirklich rein. Die Kinder häpfen inzwischen im Badetritot draußen herum. Am Humboldthafen und anderen Wasserstellen der Innenstadt etablierte sich oft genug ein ungemietetes Badeselbst.

Recht befremdend wirkte in diesem sommerlichen Treiben, daß die Beamten der Schupo trotz der riesigen Hitze in ihren dicken Uniformen mit hohem Halskragen und schwerem Helm herumgehen müssen. Sollte das etwa auf Befehl von höherer Stelle zurückzuführen sein? Oder wünschen es die Beamten selber? Auf jeden Fall sind sie zu bedauern. Man erinnert sich, daß schon vor dem Krieg die blaue Polizei eine leichtere Sommeruniform erhielt. Der heutige Zustand bedeutet deshalb einen Rückschritt.

Aus Süddeutschland kommen allerdings höchst beunruhigende Nachrichten. Die Höchsttemperatur in der Rheinebene erreichte in diesen Tagen 34 Grad Celsius im Schatten. Auch in den Gebirgen im Schwarzwald und an der Rauhen Alp ging sie bis auf 28 und 30 Grad. Die Folgen dieser, seit 1911 größten und intensivsten Hitzeperiode zeigen sich in einer beispiellos fortschreitenden Dürre. Die Entlaubung der Bäume macht Fortschritte wie im Herbst. Die Felder und Wiesen sind vielfach am Verdorren. Mannheim steht vor einer Wasserfatastrophe. Sollte die Hitze und Trockenheit noch weiter andauern, so dürften sich die Ernteausichten in Süddeutschland ganz erheblich verschlechtern.

Da die Neigung zu Wolken- und Gewitterbildung weiter besteht, so wird auch die Abkühlung hoffentlich nicht allzulange auf sich warten lassen. Ein Weiser sagte allerdings in diesen Tagen: Jetzt kommt ordentlicher Regen und dann — ist der Herbst da. Er hat nicht so unrecht. Also genieße man den Sommer, solange er noch da ist!

Krüppelend in Groß-Berlin.

Die unerquidlichen Groß-Berliner Verwaltungsverhältnisse üben besonders schädliche Wirkungen auf einem Gebiet aus, das einer durchgreifenden und schnell zuzuführenden Behandlung sehr nötig bedarf. Dies Gebiet ist die Krüppelfürsorge. Am 6. Mai vorigen Jahres wurde durch das preussische Landtag angenommene Krüppelfürsorgegesetz der Krüppelfürsorge in Preußen die gesetzliche Grundlage gegeben. Wenn auch in manchen unzugänglich, brachte das Gesetz doch in dem Streben nach Vereinheitlichung in der Anzeigepflicht für Ärzte, Hebammen, Lehrer und Fürsorgepersonen und besonders durch die Einführung der Erwerbsfähigkeit für die Krüppel unter 18 Jahren, vieles von Krüppeln und Krüppelfreunden warm Begrüßte.

Am 1. Oktober 1920 trat das Gesetz in Kraft und in den preussischen Provinzen wird überall eifrig an der Ausführung des Gesetzes gearbeitet. Nur in der Reichshauptstadt ist über das junge Fürsorgegesetz schon jetzt der Frosthauch der Erlarrung gekommen. Die Krüppelfürsorge ist hier dem Jugendaufsichtsamte zugeteilt. Lächliche Leute sitzen da mit warmem Herzen. Helfen wollen sie, aber sie können nicht. Zu tausenden laufen die Fürsorgeanträge, die Notschreie unserer jungen Schicksalsgenossen im Jugendfürsorgeamt ein. Bergehoch häuft sich das Material für eine wertvolle Hilfe, aber die Beamten zuden die Köpfe: wir können nicht — — —

Inzwischen frist das Krüppelend weiter, das Blick ungezählter Familien zerstörend. Bedrückt und ratlos stehen die Eltern mit ihrem bewegungsbeschränkten Kinde da, der bei Krüppelgebrechen oft so wichtige rechtzeitige Eingriffe unterbleibt, der Ausbildungsbeginn wird für viele Jugendkrüppel unbeitrags verzögert. Und alle diese Unterlassungssünden häufen sich bei den einzelnen Körpergebrechlichen und kommen in ihrem Leben zur Auswirkung als Behinderung des Lernaufwandes, Vermehrung der wirtschaftlichen Not, Unterdrückung der Lebensfreudigkeit. Die räumliche Befreiung der öffentlichen Wohlfahrt durch diese der rechtzeitigen Hilfe entbehrenden Krüppel ist natürlich sehr groß und auf Grund des preussischen Fürsorgegesetzes könnte die Stadt auch verantwortlich gemacht werden für Körperliche Schädigungen, die einem Krüppel infolge mangelnder Versorgung entstehen. Diese Zustände werden besonders schmerzhaft von den im Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich behinderten (Otto-Berl-Bund) vereinigten Körperbehinderten empfunden, die oft am eigenen Leibe die Schäden veralteter und vernachlässigter Körpererfahrungen herumkriechen. Im Interesse ihrer jugendlichen Schicksalsgenossen wünschen sie eine recht baldige Entwirrung der so unklaren Groß-Berliner Krüppelfürsorgeverhältnisse. Hier, wo es sich um das Lebensglück und die Gesundheit junger Menschen handelt, sollten alle möglichen Instanzen und alle Parteien des Stadtparlaments sich einmütig für die sachgerechte und gründliche Durchführung des preussischen Krüppelfürsorgegesetzes in Groß-Berlin einsetzen.

Kulturfeindliche Verkehrspolitik.

Ein unverständlicher Beschluß der Eisenbahn-Tarifkommission.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die von der Stadt Berlin und sämtlichen großen Berufsverbänden getragene Volkshochschule Groß-Berlin veranstaltet regelmäßig kleine und größere Exkursionen zu naturwissenschaftlichen und anderen Lehrzwecken. Diese Exkursionen beruhen auf dem durchaus richtigen Gedanken, daß Hand in Hand mit der theoretisch-wissenschaftlichen Belehrung auch der praktische Anschauungsunterricht in der Natur gehen muß. Nun setzt sich die Hörschaft der Volkshochschule Groß-Berlin zu 80 Prozent aus Arbeitern und Angestellten, also aus Kreisen zusammen, für die die heutigen Fahrpreise, wenn überhaupt, so nur unter unerschwinglich schweren Opfern erschwinglich sind. Während es bisher immer möglich war, für die an den Exkursionen teilnehmenden Hörer die übliche Fahrpreisermäßigung zu erlangen, wird diese neuerdings von der Eisenbahndirektion verweigert, und zwar mit der Begründung, daß solche Ermäßigungen nur für Schüler und Studenten, nicht aber für Hörer von Volkshochschulen, die doch schon im Erwerbsleben ständen, in Betracht kämen.

Tatsächlich ist die im offiziellen Tarif (Teil I) vorgesehene „Fahrpreisermäßigung für Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken“ nur für die dort angeführten Anstalten bestimmt, unter denen sich befremdlicherweise die Volkshochschulen nicht befinden. Noch befremdlicher wirkt es, daß die zuständigen Stellen, trotz aller Vorstellungen der betroffenen Kreise, sich weigern, von diesem engherzigen und unsozialen Standpunkt abzugeben. Wie wir nämlich erfahren, lag erst kürzlich der Ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen ein formulierter Antrag auf Ausdehnung der Fahrpreisermäßigung auf Volkshochschulen vor, wurde aber einstimmig abgelehnt. Die Volkshochschule Groß-Berlin muß deshalb wohl oder übel auf die Veranstaltung von Exkursionen verzichten, solange die Tarifkommission auf ihrem Standpunkt beharrt.

Soweit die Zuschrift. Wir haben in der letzten Zeit wiederholt und nicht gerade in anerkennender Weise Anlaß gehabt, uns mit

Eisenbahnverkehrsangelegenheiten zu beschäftigen. Uns liegen auch von anderer Seite Klagen vor, in denen sehr darüber geklagt wird, daß die Eisenbahn sich die größte Mühe gibt, alle nur erdenklichen Ansprüche eines Luxuspublikums zu befriedigen. Mit außerordentlichem Bestreben kann man feststellen, daß sich gerade in der letzten Zeit die Eisenbahn mit großem Eifer um den Ausbau des Schlafwagenverkehrs bemüht. Da es nun aber eine Tatsache ist, daß an dem Luxusverkehr, wenn überhaupt, so doch geringfügig verdient wird, so wird man mit um so größerem Nachdruck fordern müssen, daß sich die Bahnverwaltung dazu bequemt, Bildungsbedürfnisse der Massen nicht geringer zu achten, als die Bequemlichkeitsbedürfnisse zahlender Schieber und Millionäre. Wir fordern, daß mit der Demokratisierung des Eisenbahnwesens, innen wie außen, endlich ernst gemacht wird.

Stadtverordnetenwahl am 16. Oktober.

Dem Vernehmen nach sollen die Wahlen zur neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung erst am 16. Oktober stattfinden, da die notwendigen Vorarbeiten erst zu diesem Zeitpunkt fertig sein dürften.

Der ständige Ausschuß des Preussischen Landtags hat seine Sitzung zur Beratung der Notverordnung über die Regelung der vorläufigen Verwaltung der Stadtgemeinde Berlin von Mittwoch auf Donnerstag vormittag 10 Uhr verlegt.

Der Einbruch beim „Zahnathleten“.

Eine absonderliche Einbrechergeschichte beschäftigte gestern die Ferienkammer des Landgerichts I. Angeklagt wegen versuchten schweren Diebstahls waren der Reisende Felix Hirschfeld, der Student Hans Matz und der Kaufmann Georg Arndt. — Die Angeklagten wurden eines Nachts von dem Polizeiwachmeister Gipsnar dabei abgefaßt, als sie in die in der Frankfurter Allee 351 gelegene Wohnung des Zahnathleten Penner gewaltsam eingedrungen waren, offenbar um hier Plombiergold zu stehlen. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte Felix Hirschfeld, daß er nur als Spiegel im direkten Auftrage der Polizei den Einbruch mitgemacht habe. Er sei eines Nachts mit zwei Kriminalbeamten in ein Nachtloft in der Elßner Straße gekommen, um dort einen Wächcherhändler zu suchen. Hier seien die Angeklagten Matz und Arndt an ihn herangetreten und hätten ihn gefragt, ob er eine lohnende Sache bei einem „Zahnathleten“ mitmachen wolle. Nachdem er den beiden Kriminalbeamten den Sachverhalt mitgeteilt und sie gewissermaßen um Erlaubnis gebeten hatte, habe er dann den Einbruch zum Schein mitgemacht. — Die von Rechtsanwalt Dr. Schwindt und Assessor v. Strang geleiteten Kriminalbeamten bestätigten diesen Sachverhalt. Hirschfeld wurde daraufhin freigesprochen, während Matz und Arndt zu 1 Jahr bzw. 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

Nichts ohne Quittung.

Eine in vielfacher Hinsicht lehrreiche Verhandlung beschäftigte die Berufsgerichtskammer des Landgerichts II. Wegen Unterschlagung war der Urmacher Karl von Fara angeklagt. — Am 6. August v. J. übergab die Privatsekretärin Elisabeth Voigt, die Tochter des verstorbenen Obermusikmeisters V., dem Angeklagten eine lange goldene Uhrkette zur Reparatur und vergaß dabei, wie sie vor Gericht unter Eid erklärte, sich als Quittung den sog. Reparaturkosten geben zu lassen. Als Fräulein V. nach einiger Zeit ihre Kette wieder abholen wollte, bestritt der Angeklagte, überhaupt eine solche erhalten zu haben. Als er dabei blieb, war die Hauptinanspruchnahme zu erstatte. Das Schöffengericht hatte v. F. wegen Unterschlagung zu 400 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte Rechtsanwalt Dr. Frey Berufung ein und machte vor der Strafkammer geltend, daß man den Angeklagten nur verurteilen könne, wenn man ihm nachweise, daß er von Anfang an die Absicht gehabt habe, die ohne Quittung in Empfang genommene Kette zu veruntreuen. Solange aber noch die Möglichkeit bestehe, daß die Kette vielleicht durch Diebstahl abhanden gekommen ist oder versehentlich einem anderen Kunden ausgehändigt sei, bleibe nur eine zivilrechtliche Schadenersatzpflicht übrig, nicht aber eine Unterschlagung. Das Gericht brachte in seiner Urteilsbegründung zum Ausdruck, daß das eidliche Zeugnis der Geschädigten durchaus glaubwürdig sei, so lange aber der Nachweis fehle, wo die Kette wirklich geblieben sei, könne keine Verurteilung wegen Unterschlagung erfolgen. Das Urteil lautete demgemäß auf Freisprechung.

Zum Mitterraub beim Oberst Freyberg.

Der Mitterraub bei Oberst Freyberg hat im Laufe des gestrigen Tages zu einer Verhaftung geführt. Ein Kraftfahrer hatte durch seine Aussage die Aufmerksamkeit der Polizei auf eine bestimmte Spur gelenkt. Infolgedessen begaben sich einige Kriminalkommissare mit dem Kapitän Belagen, der bekanntlich in der Wohnung des Oberst von Freyberg anwesend war, als der Einbruch erfolgte, nach einem Kuhenvorort von Berlin, wo der Verdächtige wohnt. Bei der Gegenüberstellung glaubte der Kapitän, in ihm einen der Täter wiederzuerkennen, jedoch bestritt der Betreffende ganz entschieden die Mittäterschaft. Trotzdem schienen die Verdachtsmomente groß genug, so daß seine Verhaftung erfolgte.

Bei dem Oberst von Freyberg haben sich auch Leute gemeldet, die diesem Wahnelementen mitteilen, die seine eigenen Beobachtungen bestätigen, nach denen seine Wohnung schon seit längerer Zeit beobachtet worden war. Bei der Abstellung la haben sich ferner Leute gemeldet, die Listen mit holländischen Schriftstücken abgeben haben, die Untermieter dort zurückgelassen hatten. Der Inhalt der Listen wird zurzeit noch geprüft.

Sonderbare Verwendung der Schupo!

Täglich kann man jetzt in Lichterfelde an der Reichswehrschützenkaserne ein sonderbares Bild sehen. Das Bataillon der Reichswehr ist zu einer Übung ausgerückt und man möchte annehmen, daß die Kaserne durch Angehörige des Bataillons bewacht würde. Das ist aber nicht der Fall. Die Kaserne wird durch Beamte der Schupo, Abteilung Lichterfelde, bewacht, und zwar wandern außen um die Kaserne herum zwei Streifen der Schupo mit regulierter Abföhrung. In der Nachtstunde der Kaserne sitzen etwa 3—4 Reichswehrsoldaten, die von dort aus den Eingang beobachten. Die Frage ist berechtigt: Hat die Schupo tatsächlich keine wichtigeren Aufgaben zu erfüllen? Diesem sonderbaren Zustand muß bald ein Ende gemacht werden.

„Störung eines öffentlichen Gottesdienstes“.

Gestern Abend fand auf dem Herzbergplatz in Neukölln ein öffentlicher Gottesdienst der evangelischen Gemeinde statt, der hin und wieder durch laute Zwischenrufe wie „Jesus Christus kann uns Arbeitslosen auch keine Arbeit geben“ u. a. unterbrochen wurde. Als Täter wurde der 23jährige Arbeiter Willi Melde aus Neukölln ermittelt und festgenommen, er ist nach seiner Vernehmung wieder entlassen worden.

Das Kriterium der „Störung eines öffentlichen Gottesdienstes“, wie die amtliche Meldung den Vorfall bezeichnet, dürfte denn doch wohl nicht gegeben sein. Die Behauptung „Christus kann uns Arbeitslosen keine Arbeit geben“, kann im Sinne des § 166 Abs. 1. unmöglich als „beschimpfende Äußerung“, d. h. als Gotteslästerung gelten. § 166 spricht dann auch noch von „einem zu religiösen Versammlungen bestimmten Ort“. Daß der Herzbergplatz zu Neukölln als solcher angesehen werden kann, wäre ganz neu. Wenn die Kirche sich an die Öffentlichkeit begibt, soll sie ihrer Sache vertrauen und wegen eines Zwischenrufers nicht zimperlich sein. Sonst möge sie in ihren Kultgebäuden, den Kirchen, bleiben.

Polizeilehrkursus im Kreise Niederbarnim.

Die kommunalen Polizeivollzugsbeamten müssen bekanntlich vor ihrer endgültigen Anstellung eine amtlich anerkannte Polizeischule besuchen und die vorgeschriebene Fachprüfung abgelegt haben. Der Kreis Niederbarnim beabsichtigt, bei hinreichender Beteiligung in nächster Zeit einen neuen Polizeilehrkursus einzurichten, an dem auch auswärtige Beamte und solche Privatpersonen, die sich erst auf den kommunalen Polizeibeamtenberuf vorbereiten wollen, teilnehmen können. Das Unterrichtslokal befindet sich in Berlin. Die Gesamtdauer wird etwa 3 Monate betragen. Wer gemillt ist, an dem Lehrgang teilzunehmen, kann sich bei dem Landratsamt des Kreises Niederbarnim in Berlin NW. 49, Friedrich-Karl-Str. 5, melden, wo auch im Zimmer 31 auf Wunsch nähere Auskunft erteilt wird. Parteigenossen, die Interesse für den sehr wichtigen kommunalen Polizeiberuf haben, sollten versuchen, an dem Kursus teilzunehmen.

Angestellte der Zigarettenindustrie.

Die in der Zigarettenindustrie beschäftigten Handarbeiter befinden sich in einem schweren Kampf mit den Unternehmern. Der Verlauf des Kampfes zeigt den brutalen Machtwillen der Arbeitgeber. Pflicht eines jeden Angestellten ist es, die Handarbeiter in ihrem Kampfe in jeder möglichen Weise zu unterstützen. Streikarbeit ist abzulehnen. In Zweifelsfällen ist die unterzeichnete Geschäftsstelle zu befragen.

Gegen Angestellte, die Streikarbeit leisten, wenn auch vielleicht in verschleierter Form, wird mit allen organisatorischen Mitteln vorgegangen werden.

Asa-Ortskartell Groß-Berlin, Velle-Alliance-Str. 7—10.

Ausbedung eines großen Silbermuggels. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte gestern Abend am Bahnhof Zoo bei drei verdächtig erscheinenden Personen eine große Menge Silbergeld, welches diese bei sich trugen. Die Gesamtsumme beträgt zirka 200 000 M.

Vier Kinder unter einem Mauerpfeiler begraben. Gestern nachmittag spielten mehrere Kinder an einem eternen Tor, das an einem Mauerpfeiler vor dem Hause Kurze Str. 3a in Steglitz befestigt war, indem sie die eiserne Tür erkletterten und sie hin und her bewegten. Infolge der erheblichen Belastung stürzte plötzlich der schon sehr schadhafte Pfeiler zusammen und die Mauerblöcke begruben vier Kinder unter sich, die zum Teil erhebliche Verletzungen erlitten. Die Gjährige Lucie Wastler, Kurze Str. 3a wohnhaft, trug einen doppelten Bruch des rechten Fußes davon und mußte schmerzhaft nach dem Krankenbause in Lichterfelde gebracht werden. Die Gjährige Margot Müller, Kurze Str. 4, 30a sich Kopf- und innere Verletzungen zu.

Lebensgefährliche Häuser. Als gestern nachmittag der achtjährige Willi Starke aus der Gipsstraße 18 an dem Hause Gipsstraße 19b vorbeiging, löste sich plötzlich von dem mit Schiefer gedeckten Dach eine größere Schieferplatte, stürzte herab und verletzte den Knaben schwer am Kopfe. — Ost genug passiert es jetzt auch, daß sich größere oder kleinere Flächen Bug ablösen, herunterstürzen und dadurch die Passanten schwer gefährden.

Die zerplante Kohlenäureflasche. Eine gewaltige Detonation verursachte gestern nachmittag in der Weyenstraße eine große Aufregung. Kurz vor 3 Uhr gab es einen ungewöhnlich starken Knall, dem ein Krachen von vielen zerbrochenen Fensterscheiben folgte. Wie sich bald herausstellte, war vor dem Hause Nr. 48 infolge der heißen Sonnenstrahlen eine Kohlenäureflasche explodiert. Der Luftdruck war so groß, daß die meisten Fensterscheiben der umliegenden Häuser sprangen. Personen wurden jedoch glücklicherweise nicht verletzt.

Das neue Fernsprechamt „Dönhoff“ — nicht etwa „Dönhoffplatz“ — in der Feilnerstr. 1 ist fertig und soll nunmehr im Laufe dieses Jahres zur Entlastung der Aemter „Moritzplatz“ und „Jenestraße“ in Betrieb genommen werden. Der Tag der Inbetriebnahme des neuen Amtes „Dönhoff“ wird noch bekanntgegeben werden.

Die Marktzeiten auf dem Viehhof werden mit Zustimmung des Herrn Polizeipräsidenten festgesetzt: für Rinder und Hammel von 8—12 Uhr, für Schweine und Kälber von 8 $\frac{1}{2}$ —12 Uhr. Die Regelung tritt sofort in Kraft.

Die täglichen Waldbrände. Vorgestern nachmittag entstand in der Nähe des Langgutes Cule bei Köhlbaldenbrück ein Waldbrand, der sich auf etwa 100 Quadratmeter ausdehnte, aber von Waldarbeitern gelöscht werden konnte. — Durch einen weggefallenen Zigarettenstummel, der noch glimmte, entstand nachmittag im Jagden 123 bei Wannsee Feuer, das eine Fläche von etwa 8 Morgen, die mit Gras und Raumschuppen bestanden war, vernichtete. Die herbeigerufene Feuerwehr hatte zwei Stunden mit Ablöscharbeiten zu tun.

Vorwärtsleiter Beelich Heilstätte können die Zeitung von Klauinig am Bahnhof beziehen.

Aus den Kreisen.

Die Kreisvertreterkonferenz des 9. Kreises (Wilmersdorf) fand am 20. d. M. statt. Das Referat hielt Genosse Dr. Zechlin, der in diplomatischer Weise die Einigung mit der U.S.P. berührte und kurz auf das Parteiprogramm einging. Ein Antrag, der die Einigung mit der U.S.P. unter Wahrung der Würde unserer Partei betoni, wurde angenommen. Die Versammlung befaßt sich vor, in einer demnächst einzuberufenden Mitgliedserversammlung eingehend die Frage des Programms zu besprechen.

Als Delegierter zum Parteitag soll der erste Vorsitzende, Gen. Anton für den Bezirksvorstand, die Genossen Hamburger und Dr. Korach als Mitglieder der Pressekommission, die Genossen Beck und Olsch als Revisoren, und Genossin Stöck, die den Posten schon innehatte, für den Bildungsausschuß vorgeschlagen werden. Der Kreis beschließt, Mitte August ein Sommerfest abzuhalten.

In der Vertreterversammlung des 11. Kreises (Schöneberg-Friedenau) gab Genosse Eduard Bernstein in einem Vortrage über das neue Parteiprogramm nach Vorlegung der Gründe für eine Erneuerung desselben einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit der auf dem Kasseler Parteitag gewählten Programmkommission und ihrer Unterkommissionen. Besonders wurde von Gen. Bernstein zu den Richtlinien für die auswärtige Politik Stellung genommen. Auch über die Einleitung zum Programmentwurf sprach Bernstein ausführlich und betonte die mit der endlichen Festlegung verbundenen Schwierigkeiten. Der Redner wünschte, daß über die Politik der Partei etwas Bestimmtes in das neue Programm aufgenommen wird. Er hielt ferner eine Bereinigung der U.S.P. mit der S.P.D. für erforderlich; ein Zusammen-schluß sei aber erst nach Erzielung einer Ueber-einstimmung in großen und bewegenden Fragen möglich.

Als Delegierte für den Parteitag schlugen die anwesenden Kreisvertreter den ersten Vorsitzenden des Kreises, Gen. Oskar Hauffe, vor. Anträge lagen nicht vor und wurden auch nicht gestellt. Die Vorgänge bei dem Waffensund im Schöneberger Rathaus wurden durch den stellvertretenden Führer unserer Bezirksverbandfraktion ausführlich geschildert. Die Versammlung gab ihrer Entrüstung über den Waffensund lebhaften Ausdruck. Nachdem noch auf die bevorstehenden Wahlen zur Stadt- und Bezirksverordnetenversammlung hingewiesen worden war, wurde die Vertreterversammlung geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Die meisten Zuschriften werden nicht beantwortet. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags muß einen Poststempel und eine Nummer des „Lige Anzeiger“ tragen, man in der Juristischen Sprechstunde, Wilmersstr. 2, L. Hofstr. links, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen. — Stets und Offen. Die Redaktion ist uns nicht bekannt; im Verlage von W. Kocian jr. in Leipzig ist ein sehr beachtenswertes Buch erschienen.

Nie wieder Krieg!

Aus Kreisen der Arbeiterjugend gehen uns folgende warmherzigen Ausführungen zu:

Das Manifest der zu Pfingsten in Amsterdam gegründeten „Arbeiterjugend-Internationale“ beginnt mit nachstehenden Worten: „Der Wahnsinn des Weltkrieges hat unserer Seele ein Brandmal aufgedrückt. Die Jugend Europas ist verblutet auf den Schlachtfeldern. Mit Trauer und Zorn denken wir an die unzähligen gefallenen Kameraden, in deren Geist und Herzen ungeahnte Schätze an Kenntnissen, Weisheit und Schönheit ruhen. Krieg dem Kriege!“

Diese wenigen Worte sind mehr wie je gerade jetzt, kurz vor der 7. Wiederkehr des Tages, an dem das Massenmorden seinen Anfang nahm, berufen, gelesen und weitergetragen zu werden. Wenn ich als Jugendlicher diese furchtbaren Jahre mit ihren Schrecknissen noch einmal durchdenke, die Invaliden und Siechen, die Witwen und Waisen in ihrem Elend als Zeugen aufrufe, so ist es mir einfach unbegreiflich, daß es noch möglich ist, für den Gedanken des Revanchefeldzuges Propaganda zu machen. Dennoch kann man in dem Organ des „Deutschnationalen Jugendbundes“ lesen:

„Heute liegt sein Meisterwerk (gemeint ist Bismarck's Red.), die gewaltigste Tat der deutschen Geschichte, zertrümmert am Boden, und anstatt zu versuchen, es wieder aufzurichten, wird es mit Füßen getreten und zerstampft! Einst aber kommt der Tag der Abrechnung, den wir, Deutschlands nationale Jugend, herbeisehen; dann werden wir uns das wiederholen, was uns Bismarck, der Rede aus dem Sachsenwalde, geschah, und um das wir jetzt schmählich betrogen sind; nicht durch Fischen und Würfeln vor dem Tribunal des Völkerbundes, sondern durch unsere eigene Kraft werden wir es uns wiedererringen, durch Blut und Eisen: die Freiheit Deutschlands und seine Kaiserkrone!“

Arbeiterkern! hört diese Worte, denkt daran, daß man auf diese Weise die Jugend vergiftet, sie einstellt auf ein neues Morden. Wollt ihr eure Kinder zu Mörder machen? Leonhard Frank schildert in seinem Werk „Der Mensch ist gut“, wie weit es reichen würde, wenn man alle Liebhaber, die unsere Brüder „dem Altar des Vaterlandes“ geopfert haben, von Berlin aus wie Schienen nebeneinander legen würde. Denkt daran! Habt ihr den Moment vergessen, als ihr den Brief des Kompagnieführers lesen mußtet, der es euch zur Beweismacht machte, daß ihr den Vater, Bräutigam, Bruder oder Sohn verloren habt? Habt ihr vergessen, daß eure blühenden Kinder als Krüppel oder Kranke an Körper und Gemüt in die Heimat zurückkehrten? Habt ihr die Jahre vergessen, die entsetzlichen, furchtbaren Jahre der Not, der Entbehrung, des Elends und der Krankheiten in der Heimat? Ihr Mütter, denkt an die Stunden, wo ihr geküßelt und schier verzweifelt darüber nachgedacht habt, wo ihr das Stück Brot, den Schluck Milch für die Kleinen und Kleinsten hernehmen solltet! Wenn ihr eure Kinder liebt, so versucht, so lange es euch noch beschieden ist, für sie zu sorgen, mit aller Kraft einer Wiederkehr solcher Kriegsjahre entgegenzutreten.

Und wir Jugendlichen selbst? Aus freudlosen, dunklen Kinderjahren sind wir voller Hoffnungen in die Werkstatt, in das Bureau, in das Leben getreten. Und schnell, ach allzu schnell, haben wir einsehen müssen, daß unser Leben noch düsterer wurde. Gerade wir Jungen haben am meisten unter der Ausbeutung der Kapitalisten zu leiden. Denken wir daran, daß wir uns ein besseres Leben erringen wollen. Ein freies Leben, damit wir uns unseres Lebens freuen können. Es soll nicht getrübt werden durch den Gedanken an ein neues Morden. Wir müssen erkennen, wir müssen fühlen, daß wir nicht Schlichter werden wollen für eine kleine Klasse von Menschen, um deren Leben zu erhalten. Wir wollen den Soldatenrod nicht anziehen, um Menschen zu vernichten, Menschen umzubringen, die gleich uns kämpfen und darben, die auch Proletarier sind, die auch Familie haben wie wir, um die auch die Mutter, die Frau, das Kind, die Braut und die Geschwister bangen und sich Sorgen machen und mit brennender Sehnsucht den Augenblick herbeiwünschen, wo sie sie wieder in ihre Arme schließen können. Uns graut vor dem Blut, das wir vergießen sollen.

Und darum wollen wir am 7. Jahrestag des Weltkrieges geloben: „Krieg dem Kriege!“ „Es lebe die internationale Völkerverständigung!“

Und wir als Arbeiterjugend wollen diese Gedanken in die Herzen der Jugendlichen pflanzen. Ihr Eltern, schickt eure Kinder zu uns, daß sie dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Wenn ihr alles Elend, das ich geschildert habe, nicht noch einmal durchmachen wollt, dann kommt zur „Arbeiterjugend“. Denkt an die Kameraden, die mit dem tödlichen Blei in dem Körper unter fremder Erde ruhen, denkt an die Invaliden und Kranken und gelobt:

„Nie wieder Krieg!“

Die Cholera in Astrachan.

In der Moskauer „Iswestija“ vom 8. Juli gibt Bazis eine Beschreibung der in Astrachan herrschenden Choleraepidemie und der sanitären Zustände in der Stadt, die folgendermaßen lautet:

Bei der Einfahrt nach Astrachan warnt uns der Kapitän des Dampfers: „In der Stadt herrscht die Cholera, trinkt kein ungekochtes Wasser.“ Wir wissen das längst, aber viele Passagiere trinken doch ungekochtes Wasser: was sollen sie anders tun, in der Sonne sind es 40 Grad und man nährt sich fast ausschließlich von getrockneten Fischen.

In der Stadt ist allenthalben die letzte Nummer der örtlichen Zeitung angeklebt, deren Inhalt fast ganz der Cholera gewidmet ist. Wir erfahren aus ihr, daß die Cholera nicht nur in den Arbeitervierteln wütet, nicht nur die in Unsauberkeit lebende indigene Bevölkerung dahinnimmt, sondern auch die kulturellen Schichten der Gesellschaft, Ärzte und Sanitätswesen. An der Cholera ist der Leiter der Bildungsabteilung des Gouvernements-Regierungskommissars gestorben, am Tage darauf verschied seine Frau; mehrere Ärzte sind gestorben, auch solche, die keine Choleraerkrankten behandelten. Seit dem Auftreten der Cholera bis zum 12. Juni sind 570 Cholerafälle registriert worden, von denen 230 tödlich verliefen, die Zahl der Genesenen beträgt 88. Das ist die Zahl der offiziell registrierten Fälle, aber wieviel sterben in den Winkelgassen! Wo liegt hier die Ursache?

Die Stadt ist nichts anderes als eine mit Unrat angefüllte Abflugsgrube. Kein Wunder: sieben Jahre ist sie nicht gereinigt worden. Fast alle Straßen starren von Schmutz. In die unteren Teile der Häuser dringt das Grundwasser ein und bildet stinkende, grünüberzogene Bach. In der Nähe des Hofens steht man die Ueberreste von Aborten, die ganz offen stehen und die Hofenstraße verpestet. Nicht daneben haben Straßenhändler ihre Tische mit Fischen und Eisbambons aufgeschlagen. Die Luft ist mit Fliegenschwärmen angefüllt, die vom Unrat zu den Waren, von den Waren zum Unrat fliegen. Aber der ausgehungerte Passagier kauft alles, was man ihm anbietet.

Wir wenden uns an ein Mitglied der Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Choleraepidemie mit der Frage: Ist es wirklich nicht möglich, wenigstens die Straßen in einen reinlichen Zustand zu bringen. — Nein, — sagt er — es ist nicht möglich. Aber man kann doch den Unrat verbrennen? — Wir haben es ver-

sucht, er brennt lange, er ist feucht. — Aber man kann ihn doch in den Höfen vergarben? — Ja, das könnte man vielleicht.

Und wir einigen uns, daß er diese Maßnahme ergreifen wird. Aber es erweist sich, daß die Cholera schon weiter vorgeschritten ist. Sie hat schon die Fischereibezirke ergriffen. Die Kirgisen und Kalmücken fliehen in tödlichem Schrecken, ohne die Lohnzahlung abzuwarten. Keine Macht hält sie auf. Die Arbeit kommt ins Stocken. Das zeigt sich schon in der Zufuhr von Fischen nach Astrachan. Bald werden die eingetroffenen Fischladungen gelöst sein, aber eine Zufuhr findet nicht mehr statt.

Nach einem Vertrage mit der Hauptfischereiverwaltung müssen wir 4000 Kirgisen für die Salzlager zugewiesen erhalten. Der Gedanke muß ausgebeugt werden und wir sind gezwungen, unrichtiger Sache abzufahren.

Wie man sieht, mäßt die Cholera hier nicht nur die Bevölkerung, sondern sie hindert empfindlich die Arbeit der Sowjetorgane, denen die Verpflegung des ganzen Landes obliegt; sie wird somit doppelt gefahrbringend. Aufgabe der Republik ist es, der Ausbreitung der Epidemie zu steuern. Der Arbeiter- und Bauerninspektion würde es aber gar nichts schaden, einmal der Frage nachzugehen, wer daran schuld ist, daß die fährliche Cholera bedrohten Städte, wie Astrachan, zu sinkenden Senkgruben geworden sind.

Wirtschaft

Der „freie“ Getreidehandel.

Der „Deutsche Handelsdienst“, eine Korrespondenz, welche der Groß- und Schwerindustrie wohl nicht gar zu fern steht, verbreitet folgende Meldung aus Frankfurt:

Seit der Freigabe der Getreidewirtschaft ist die Preisentwicklung am Getreidemarkt ziemlich unklar. Auf der einen Seite machen die Landwirte hohe Forderungen, die von der anderen Seite nicht bewilligt werden können. Die Stimmung an der heutigen Getreidebörse war außerordentlich fest. Für Weizen zeigte sich so starke Unterschiede in den Forderungen, daß ein Preis nicht zustande kam. Dabei war Landesweizen höher angeboten als fremder, so daß er keine Beachtung fand. Landesroggen war unverkäuflich. Hülsenfrüchte waren bei knappen Angebot zu hohen Preisen gehandelt.

Entsprechend der Stellung der sogenannten Korrespondenz dürfte der Bericht wohl ohne jede Voreingenommenheit abgefaßt sein. Man erkennt daraus, daß selbst sehr weit rechts stehende Kreise schon in Sorge sind über die künftige Gestaltung des Getreidemarktes. Wenn eine Börse sich auferstande zeigt, einen Preis zu bilden, so bedeutet das nicht mehr und nicht weniger als eine offene Bankrott-erklärung der heutigen Wirtschaftsordnung. Man mag sich zur Börse stellen wie man will: Solange sie einmal besteht, ist sie gewissermaßen ein öffentlicher Regulator der Wirtschaft. Und wenn ein Institut mit derartigen effektiven Nachmitteln offiziell seine Unfähigkeit erklärt, die ihm übertragenen oder die freiwillig übernommenen Aufgaben zu erfüllen, so ist damit der Beweis erbracht, daß irgend etwas faul ist im Staate.

Darum läßt auch ein Bericht schließen, den vor einigen Tagen die „Frankfurter Zeitung“ über die erste Woche des freien Getreidehandels veröffentlichte. Das Blatt schrieb:

„Die erste Woche des freien Getreidehandels liegt hinter uns. Der Verkehr ist, wie dies nicht anders sein kann, noch nicht in glatte Bahnen gelenkt, und auch die amtlichen Notierungen seit Donnerstag zeigen, daß die Preisbildung noch ziemlich unregelmäßig ist. Eine Tatsache, auf die man bis vor kurzem kaum irgendwo gefaßt war, ist die, daß der Unterschied zwischen den Preisen, die bisher amtlich für Getreide gezahlt wurden und den Weltmarktpreisen mit einem Sprung überwunden worden ist, so daß nicht selten die Forderungen des Inlands über den Weltmarktpreis sogar hinausgingen.“

Wenn hier gesagt ist, man sei bis vor kurzem kaum irgendwo darauf gefaßt gewesen, daß der Unterschied zwischen den amtlichen Inlands- und den Weltmarktpreisen mit einem Sprunge überwunden werden würde, so trifft diese Behauptung vielleicht auf die Handels- und Börsenkreise zu. Auf sozialistischer Seite, wo man der Tätigkeit der Börse mit etwas mehr Skepsis gegenübersteht, hat man oft genug warnend die Stimme erhoben und zum mindesten auf die Möglichkeit einer derartigen katastrophalen Entwicklung hingewiesen.

Nachdem nun aber der Versuch gemacht ist, und man dem „freien Spiel der Kräfte“ Gelegenheit gegeben hat, sich ungehindert auszutoben, zeigt sich sofort, daß die schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen worden sind. Jedenfalls geht es so nicht weiter. Nachdem die Börse ihre Unfähigkeit, preisregulierend zu wirken, bewiesen hat, ist es allerdings äußerst bequem, sich, wie die „Freie Ztg.“ es tut, damit zu trösten, daß „es im Anfang nicht anders sein konnte“. Richtiger wäre es, einzusetzen, daß allein eine Erfüllung der Forderung nach Beibehaltung des politischen Preisregimes ist, unsere Wirtschaft vor weiteren schweren Erschütterungen zu bewahren.

Die neuen Steuerentwürfe werden nach einer TL-Meldung am 28. Juli zum ersten Male dem Kabinett zugehen, dort durchberaten und an den Reichsrat bzw. Reichswirtschaftsrat weitergegeben werden.

„Börsenklipp“. Vom Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankergewerbes wird uns geschrieben: Seit mehreren Wochen gehen den Angestelltenauschüssen zahlreicher Banken und Bankfirmen in den verschiedensten deutschen Städten gedruckte Zirkulare zu, in denen eine angebliche „Bank-Gesellschaft u. Co., Hamburg, Berlin, Hannover“ den Verkauf von Aktien der Badischen Uhrenfabrik, Furtwängler, und der Württembergischen Kattunmanufaktur, Heidenheim, empfohlen wird. Die angebliche Bank erklärt, daß sie der Erteilung von Aufträgen gern entgegenkäme, gibt jedoch ihre nähere Adresse nicht an, sondern nur eine — der Post unbekannt — Telegrammadresse. Weder in Hamburg, noch in Berlin, noch in Hannover ist eine Firma des fraglichen Namens bekannt; es liegt mithin der Verdacht nahe, daß die Zirkulare unter fiktiven Namen von einem Spekulant verfaßt wurden, der auf diese Weise umfangreiche Angestelltenpekulationen in den Aktien der genannten Unternehmen herbeiführen will, um deren Kurs zu steigern. Derartige Manöver sind gemäß § 88 des Börsengesetzes strafbar. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankergewerbes legt hierdurch eine Belohnung von 1000 M. für denjenigen aus, welcher den Urheber der erwähnten Zirkulare derart namhaft macht, daß seine strafrechtliche Verfolgung stattfinden kann.

Von dem gefundenen Sinn der Anzeigenspekulationen darf man getrost erwarten, daß sie auf derartige Manöver gewissenloser Spekulanten nicht hereinfallen werden. Interessant ist, zu sehen, wie falsch man diese Ausschüsse noch immer einschätzt. Gegen die Luxussteuer. Der neugegründete „Rheinisch-Westfälische Ausschuss zur Abwehr der Luxussteuer“ verbreitet eine Entschuldig, in der entschieden Vermögen dagegen eingeleitet wird, daß längst von seiten der Regierung der Abwehrkampf gegen die Luxussteuer als eine Propaganda interessierter Kreise bezeichnet wurde. Erleichterter und Erleichterter der in Frage kommenden Industrien führen den Kampf gemeinsam aus der Erwägung heraus, daß die Steuer ihren ursprünglichen Zweck, einen sozialen Ausgleich zu schaffen, in ihren Auswirkungen gänzlich verfehlt hat, sondern im Gegenteil die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die Lähmung zahlreicher Wirtschaftszweige erhöht.

Amerikanische Kredite für Deutschland. Die verbreitete folgende Neuter-Telegramm: Ein Bankendirektor bewilligt einen Kredit von neun Millionen Dollar für Getreideversandungen nach Deutschland. Dem Unternehmen nach läuft der Kredit drei Monate.

Die gleiche Meldung wird von anderer Seite in folgender Form bestätigt: „Ein Soudita amerikanischer Bankiers hat ein Abkommen getroffen, Deutschland einen Kredit von 9 Millionen Dollar zu gewähren. Man glaubt zu wissen, daß diese Vereinbarung darauf hinausläuft, Deutschland auf 90 Tage laufende Kredite zu geben.“ Vielleicht handelt es sich hier um eine Folge des Besuchs der amerikanischen Handelskammervertreter in Berlin.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 27. Juli:

- 9. Kreis Wilmersdorf. 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung des Kreises im Partei-bureau, Seefelder Str. 12.
- 11. Kreis Schöneberg-Teichmann. 7 1/2 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung in der Schulstraße 57. Referent Albert Borch: „Sozialistische Kulturarbeit“. Gäste, insbesondere „Bismarck“-Referent sind willkommen.
- 25. Abt. Die Jubiläumenden finden in den bekannten Lokalen statt. Die Jubiläumenden sind 27, 28 und 29 der Partei, Kreisstr. 18.
- 30. Abt. Die Jubiläumenden finden in diesem Monat aus.
- 35. Abt. Die Jubiläumenden finden im Juli fallen aus.
- 40. Abt. 7 Uhr Jubiläum bei Teiler, Berlinstraße 7.
- 44. Abt. Der Jubiläum findet nicht statt.
- 66. Abt. Jubiläum. Die Jubiläumenden finden in den bekannten Lokalen statt.
- 90. Abt. Jubiläum. 8 Uhr Jubiläum bei der Polizei, Südstr. 49. Es scheinen alle Jubiläumenden bringend zu sein.
- 92. Abt. Jubiläum. 7 1/2 Uhr Jubiläum bei der Polizei, Kaiser-Friedrich-Str. 88. Sämtliche Jubiläumende und Betriebsvereinsmitglieder müssen unbedingt erscheinen.
- 117. Abt. Jubiläum. 7 1/2 Uhr wichtige Vorstandssitzung bei Borchert, Prinz-Albert-Str. 20. Sämtliche Jubiläumende müssen erscheinen.
- 121. Abt. Jubiläum. 7 1/2 Uhr Jubiläum in den bekannten Lokalen.
- 125. Abt. Jubiläum. 8 Uhr Jubiläum bei Borchert, Südstr. 49.
- 141. Abt. Jubiläum. 8 Uhr Jubiläum bei Borchert, Südstr. 49. Es scheinen alle Jubiläumenden bringend zu sein. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Wahnenabkommen. 2. Stellungnahme zum Rechtskommen. — Das Wahnenabkommen.

Frauenveranstaltungen:

- 133. Abt. Waidhölz. 7 1/2 Uhr Frauenabend bei Rohne, Berliner Str. 20. Referent Robert Borch: „Was muß die Frau von der Politik wissen?“

Morgen, Donnerstag, den 28. Juli:

- 3. Kreis Wedding. 7 1/2 Uhr Sitzung der Bildungsmission bei Rehm, Bant-Hofe 60.
- 4. Kreis Prenzlauer Tor. 7 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes und der Abteilungsleiter bei Goldschmidt, Stolpische Str. 80. Sehr wichtige Angelegenheiten.
- 12. Kreis Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr Kreisversammlung mit den Abteilungsleitern beim Genossen Schops, Seefelder Str. 4. Wichtige Tagesordnung.
- 22. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Bauer, Große Frankfurter Straße 1. Ergebnisse unbedingt erforderlich.
- 55. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung bei Jakob, Bismarck-Str. 66. Sehenheimer Straße.

- 78. Abt. Treffpunkt zur Demonstration am Sonntag früh 8 Uhr auf dem Comeniusplatz. Die Funktionäre werden ersucht, für reifliche Beteiligung Propaganda zu machen.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend, Sekretariat: G.M. 63, Lindenstr. 2, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Nr. 121 06-18.

Heute, Mittwoch, den 27. Juli:

Bismarck: Schule Schöneberg. Vortrag: „Deutsche Eltern und Gebrauche“. — Schulbesuch: Schule Götterbergstr. 2. Vortrag: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. — Wilmersdorf: Parkhaus 18. Vortrag: „Entwicklung des 74. Uhr Jubiläum bei Borchert, Südstr. 49. Vortrag: „Die Entstehung der Sozialistischen Bewegung“. — Wilmersdorf: Schule Rosenstraße. Jubiläumerversammlung. — Spandau: Altes Schützenhaus, Reichenberger Str. 2. Vortrag: „Recht und Pflichten der Mitglieder“. — GdStB (Spandauer Viertel): Waidhölzstr. 138. Jubiläumerversammlung. — Wilmersdorf: Rurhölzstr. 14. Vortrag: „Vorgeschichte der Partei“.

Aus aller Welt.

Schwere Explosionskatastrophe bei Gleiwitz.

Gleiwitz, 26. Juli. (W.D.) Eine schwere Explosion hat sich in der Sprengstoffabrik Ariemald ereignet. Die ganze Sprengstoffabrik ignoriert in die Luft geflogen. Elf Arbeiter wurden sofort getötet, drei weitere starben auf dem Transport ins Krankenhaus. Fünf Arbeiter sollen noch unter den Trümmern liegen. Die Gesamtzahl der Schwerverletzten wird auf über 20 geschätzt. Der Sachschaden geht in die Millionen. Die Entstehungsursache der Explosion ist bisher unbekannt. Der Betrieb wird auf längere Zeit stillgelegt werden müssen. Auf der Fabrik waren etwa 550 Mann beschäftigt.

Zugzusammenstoß in Sachsen.

Aus Ebersbach in Sachsen wird gemeldet: Gestern nachmittag gegen 1 Uhr stieß auf der eingleisigen Strecke zwischen Ebersbach und Döhrensdorf eine von Ebersbach kommende leerlaufende Vorpannlokomotive mit einem von Ebbau kommenden, aus Lokomotive und einem Personenwagen bestehenden Prüfungszug der Dresdener General- und Betriebsdirektion zusammen. Die Prüfungskommission hatte bereits in Döhrensdorf den Zug verlassen, beide Lokomotiven fuhren mit voller Wucht aufeinander, so daß sie vollständig zerstört wurden, ebenso wurde der Passagierwagen schwer beschädigt. Der Lokomotieführer der Vorpannlokomotive wurde getötet, der Fahrer erheblich verletzt, das Personal des Prüfungszuges erlitt leichte Verletzungen. Der Vorfall bedarf dringend der Klärung, denn es wirkt bei aller Tragik fast wie eine Groteske, daß ausgerechnet ein Prüfungszug des Gleis geperrt und so offenbar das Unglück verschuldet haben soll.

Schwere Munitionskatastrophe bei Pola. Eine in der Nähe von Pola belagene Pulverfabrik, in der enorme Munitionsbestände aufgestapelt waren, ist in die Luft geflogen. Die durch die Explosion hervorgerufene Erschütterung machte sich in der ganzen Stadt fühlbar, fast in allen Häusern sind die Fensterscheiben gesprungen. Ein Wald in der Nähe der Fabrik hing Feuer. Nach den letzten Nachrichten sind mehrere Tote und etwa 100 Verletzte zu beklagen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Kreisarbeiten. Freitag, den 29. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Reichsbannerhof, Anhalter Str. 147, Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute aller Betriebe. Tagesordnung: Unsere Stellung zur Untertreibung des Unternehmens. — Die Frauenbewegung. Zentralverband der Angestellten. Mitgliederversammlung Freitag, Tagli-Großhandl., Baumwollstr. 10. Referent: Albert Borch. Sonntag, 30. Juli, abends 8 Uhr, im Reichsbannerhof, Anhalter Str. 147. Export, Import: 8 Uhr Versammlung „Mit-Beitrag“, Platanenstr. 10. Deutscher Transportarbeiterverband. Versammlung 31. (Mittw., Salanterstr., Spielmannstr.) Sonntag, den 28. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Radtke, Neue Jakobstraße 113, Gruppenversammlung, Tagli-Größhandl. Karaffier- und Wagenbau. Donnerstag, den 28. Juli, abends 6 1/2 Uhr, bei Borchert, Südstr. 49, Versammlung aller in den Wagen- und Karaffierfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Wahnenabkommen. 2. Stellungnahme zum Rechtskommen. — Das Wahnenabkommen.

Kreisarbeiten. „Die Arbeiterbewegung“. Mittwoch, den 27. Juli, Drogenvereinsversammlung (öffentliche Sitzung) in der Schule Weinmeisterstraße 13, pünktlich 7 1/2 Uhr abends.

Wetterbericht bis Donnerstag mittag. Warm und schön, viel nach heiter, aber veränderlich mit mäßigen, vorherrschend westlichen Winden; trübliche Gewitter. (Schluß des redaktionellen Teils.)

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen

besitzt das einzig wirksame milde, schmerzlos bewährte

KUKIROI

Schachtel N. 2., in Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Theater, Lichtspiele etc.

Staatsoper
Sommergastspiel
Leitung Gustav Bergmann
Die Strohwitwe
7 1/2 Uhr

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter
Do, 7 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Mauscheiten kriegt
Do, 7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Mauscheiten kriegt

Gr. Schauspielhaus
(Kastelstraße)
So, 8 Uhr: Die Weber (Aub. Abonn.)
Do, 8 Uhr: Die Weber (Aub. Abonn.)

Berliner Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Millionen
SOPHIE

Königgrätzer Str.
Nur noch 5 Vorstellungen!
7.30 Uhr: Das Gaudenbild
Dann: Glaube und Heimat
Frei: Der Wissenschaftswurm
So, 8 Uhr: Die Kreuzschreiber
Sonntag: Der Weibsteufel

Komödienhaus
7.30 Uhr: Der blonde Engel
Central-Theater
8 Uhr: **Jionka**
Friedr. Wilhelmstr. 74
7 1/2 Uhr: Die Kleine aus der Hölle
Kl. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: **Reigen**
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Casanovas Sohn
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die blaue Mazur**
Neues Operntheater
7 1/2 Uhr: **American-Girl**
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Max Adalbert in 1919 (Ab dafür!)

Schiller-Theater
Operntempelplatz
7 1/2 Uhr: **Meine Frau - das Fräulein**
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Mascottchen**
Th. am Vollenkorsplatz
7 1/2 Uhr: **Der Vetter aus Dingsda**
Theater des Westens
Volkstümliche Preise!
7 1/2 Uhr: **Morgen wieder lustig!**
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: Ida Würt in
Lady Windermeres Fächer
Th. d. Kommandantenstr.
7 1/2 Uhr: **Die Dielenhexe**
Wallner - Theater
7 1/2 Uhr: **Zigeunerliebe**
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr: **Scheidungsreise**

Romische Oper
7 1/2 Gastspiel
Alfred Lüerner:
Der fidele Bauer.
Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Mein Leopold

Folies Caprice
Liniensstr. 132 am Oranienb. G.
Täglich 8 Uhr:
Prinzessin vom Nil
Operette in 3 Akten
Musik von Victor Holländer
mit Franziska Bionke, Max Walden, Käthe Jungheer usw.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 7 1/2 Uhr:
Variété
Wenn Engel streifen!
Operette in 3 Akten

APOLLO
THEATER
Nur bis 31. Juli
Die große Ausstattungsschau
Tip Tip Hurrah!
mit dem bekannten Wilhelm Bartsteln
Pferde - Rennen

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 1/2 Uhr: **Der Kaiserjäger**

Lessing - Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Deutsches Künstler-Theater
8 Uhr:
Der Herr Verteidiger.
Hell, Gebühr, Kaiser - Titz

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

METROPOL
Varieté-Spielplan
Rechenstraße 54
7 1/2 Uhr:
Persönliches Auftreten
Johannes Riemann u.
Dora Schüller in
"Cocain" (Sektikel)
u. 9 weitere Attraktionen

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6 Tel. Mpl. 16077
Elite-Sänger
Vom 16. bis 21. Juli
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gastsp. der Original-
Leipziger-Pritz
Weber - Sänger

Reichshallen-Theat.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gala-Sänger
Ab 1. u. Wieder-
auftr. d. St. Säng.
Variété
Dönhoff - Brett

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: **Die roten Schuhe**

Neue Welt
ARNOLD SCHOLZ
Hasenheide 108-114
Mittwoch, d. 27. Juli 1921:
Konzert u. Spezialitäten - Vorstellung
4. Großes Erntefest
Großer Ernte - Umzug
Kinder-Theater / Kinder-
spiele und Kinderbelustigungen aller Art, wie:
Tropfentänze, Sachspielen
Wettläufe, Kinder-
fackelaug / Um 6 Uhr:
Aufsteigen des Luftballons
"Neue Welt"
Anf. 4 Uhr, Einlaß 3 Uhr
Kaffeeküche ab 2 geöffnet

Voranzeige!
Donnerstag, den 28. Juli:
**Großes Kunst- und
Fronten - Feuerwerk**

**Park-Restaurant
Südende**
Südring 1224
Tanz - Abende
täglich
außer Montag

Treffo
Tanz-Paradis Zeit 2
In den Zelten (Tiergarten)
Die beliebtesten
Tanzabende
Erstklassige Musik.
Sonabend, den 30. Juli:
Baby - Ball
Prämier. des kürz. Rockes

Das Entzückende d. Kaffeekränzch.
l. agebr. Bohnenkaffee
Echt Java - Melange
4 Pfd. M. 100, 8 Pfd. M. 190,
18 Pfd. M. 395 franko Nach-
nahme jeder deutschen
Poststation. Bei 1 bis 100
Zentner Preis auf Anfrage.
Germania Weidenburg
bei Nürnberg
Export nach all. Weltteilen

Die Graphologie
von F. Beder. Preis 7,50 RM.
Porto 1,50 RM. Ausführliche An-
leitungen zur Beurteilung der
Handchrift, um aus derselben
Charakter, fertige Zukunft,
Temperament, Fähigkeiten usw.
zu erkennen, mit 127 Schreib-
proben und Zeichnungen. Jeder
Bd. d. Buch. enthält auf Wunsch
d. unter Anleitung eine genaue
Beurteilung seiner Handchrift
1,250 RM. - Gr. Wörterb. gratis
Albrecht Donath, Verlag Leipzig 42.

Münzen
Sammlungen
kauft Ball, Berlin,
Wilhelmstraße 46-47
Münzen
Handlung

Bilanz der Baugenossenschaft Bürgerwalde
per 31. Dezember 1920

Aktiva		
Risiko-Rente	RM.	871,33
Gut Rückst. Zinsen		21.000,-
Rückst. Zinsen		210.037,10
Rückst. Zinsen		245.927,30
Gut Rückst. Zinsen		35.000,-
Dr. Staatsbank		10.196,10
Bank f. Hbl. u. Industrie (Dr. Hartmann 26 Raffe)		43.900,-
Freig. Hornemann, Eiderstedt		30.000,-
Risiko-Rente-Gut Rückst. Zinsen		136.067,50
Eigenheim-Siedlungs-Ges.		60.299,60
Bauspar-Rente Jul. Postel		73.545,81
Inventar	RM.	750,-
Abgrenzung		600,-
Gen.-Virtuositäts-Rente		300,-
Risiko-Rente-Gut Rückst. Zinsen		38.999,30
Bauspar-Rente Rückst. Zinsen	RM.	2.235,40
Bauspar-Rente Rückst. Zinsen		1.203,40
	RM.	970.330,64

Passiva		
Einspar-Rente Gut Rückst. Zinsen	RM.	305.280,-
Bauspar-Rente Rückst. Zinsen		101.586,23
Risiko-Rente Rückst. Zinsen	RM.	38.120,-
Bauspar-Rente Rückst. Zinsen		40.000,-
Geldbesitz		61.400,-
Bauspar-Rente Rückst. Zinsen		27.916,80
Bauspar-Rente Rückst. Zinsen		324,00
Ueberfluß		160.849,85
	RM.	103.004,37
	RM.	970.330,64

Gewinn- u. Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1920

Debet		Kredit	
Sparungen-Rente	RM. 194,50	Gewinn-Rente	RM. 1.879,75
Strohhaus-Rente	7.908,-	Gut Rückst. Zinsen	1.289,80
Bauspar-Rente Rückst. Zinsen	15.614,20	Bauspar-Rente Rückst. Zinsen	1.456,90
Geldbesitz	24.933,46	Bauspar-Rente Rückst. Zinsen	60.877,40
Bauspar-Rente Rückst. Zinsen	696,06	Bauspar-Rente Rückst. Zinsen	8.707,30
Inventar-Abf. d. Bauspar-Rente	150,-	Bauspar-Rente Rückst. Zinsen	81.262,30
Ueberfluß	103.004,57	Bauspar-Rente Rückst. Zinsen	640,74
	RM. 184.240,79	Gen. Virtuositäts-Rente	26,50
			RM. 184.240,79

Mitglieder-Bewegung:
Stand Anfang 1920 164 Mitgl. m. 175 Ant. RM. 52.500
Zunahmen bis 31. 12. 20 28 " " " 8.400
Stand Ende 1920 192 Mitgl. m. 203 Ant. RM. 60.900
Am 31. 12. 20 schieden aus 48 " " " 15.000
Stand Ende 1920 144 Mitgl. m. 188 Ant. RM. 45.900
Berlin, den 30. Juni 1921. 190/11
Baugenossenschaft Bürgerwalde l. Marx u. G. m. b. H.
H. Braune zu Berlin. Karl Rietzling

NORDISCHE WOCHE
LÜBECK
1.-11. SEPT. 1921
Geschäftsstelle: Lübeck Rathaus

Zur 2. Klasse am 5. u. 6. Aug. Ziehung
Staats-Lotterie
habe noch Kauflose vorrätig
1/4 = 20 M. | 1/2 = 50 M.
1/8 = 40 M. | 3/4 = 100 M.
Voll-Lose für alle Klassen
1/4 = 20 M. | 1/2 = 50 M.
1/8 = 40 M. | 3/4 = 100 M.
Fr. Müller, Werdener Markt 10.
Postfach-Kto. 31 158.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche.
Landgerichtsrat Dr. v. Kirschbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachte. Tel: Königst. 3595

Die Marx'sche Geschichts- u. Staatslehre
Von Prof. Heinrich Cunow
Zwei vornehme, stark halbleinwandige
Eine auf die neueste Forschung gegründete
großartige marxistische Soziologie/
wie sie bisher in der Literatur
gänzlich fehlte!
Der erste Band liegt bereits vor, der
zweite folgt in den nächsten Monaten
Preis des ersten Bandes
in Halbleinwand gebunden RM. 42,50
und Sortimentsaufschlag
Bestellschein
Ich bestelle hiermit Exempl.
Cunow: Die Marx'sche Geschichts- u. Staatslehre / 2 Halbleinwandbände / Preis für den 1. Band RM. 42,50 + 20%
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2

Korpulenz?
Erkundigen Sie sich über die Erfolge von
Dr. Hoffbauers (ges. gesch.)
Entfettungs-Tabletten
Keine Schilddrüse Kein Abführmittel
Ausführl. Lit. gratis durch
Elefanten-Apotheke, Berlin SW 213
Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.)
Amt Ztr. 7192

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin X. II. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftst. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Köpenick 180, 1930, 1987, 9714
Gürtler!
Donnerstag, den 28. Juli, abends 5 Uhr,
in den Zentral-Festjalen, Alte Jakobstr. 33:
Außerordentliche Branchen-Versammlung
der Gürtler, Kronenschloffer u. Kronentempelner
Tagesordnung: 1. Wahl eines neuen Branchen-
leiters, 2. Beschluß zur Brandentwertung, 3. Branchen-
angelegenheiten, 4. Beschlußes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Donnerstag, den 28. Juli, nachm. 4 Uhr, in der
Schulaula des Schiller - Lyzeums, Panke. 14
(Ede Witterstraße):
Branchen-Versammlung
aller in d. Goldschmied-Industrie beschäft. Kollegen
Tagesordnung: 1. Stellung zur Tarifänderung,
2. Branchenanglegenheiten, 3. Beschlußes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Donnerstag, den 28. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, im
„Dresdener Garten“, Dresdener Straße 45a
(Ede Witterstraße):
Vollversammlung
der Gold- und Silberarbeiter
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen F. Ritter
über: „Pflichten und Rechte der Betriebsräte“,
2. Branchen- und Branchenanglegenheiten, 3. Beschlußes.
Die arbeitenden Kollegen treffen sich eine halbe Stunde früher.

Donnerstag, den 28. Juli, pünktl. 4 Uhr nachm.,
in den Musterjalen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:
Branchen-Versammlung
der Zigarettenmaschinenführer
und Betriebshandwerker
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum jetzigen Stadium
der Ausperrung unter besonderer Berücksichtigung
folgender Punkte: a) Beschäftigung über den in
Zweifelhaftigkeit der Zigarettenindustrie geführten
Schieds-
spruch vom 22. Juli; b) Beendigung des Geschäfts-
verhältnisses zwischen Fabrikanten und Unternehmern,
2. Die Stellung des Tabakarbeiterverbandes zu unserm
Streik, 3. Betriebsangelegenheiten und Beschlußes.

96/14 Die Ortsverwaltung.

Nutzen jeder Art:
Rund, Flach, Quadrat u. Wandeisen,
Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,
Rocheplog 12072. Ede Voltstraße, Rocheplog 12073.

K. & P. Uder, SO. 16, Engelfer 6
Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabake
G.A. Hanewacker • Goldfarb • Lanefried • Eicken • Raulino
Oldenkott • Geöffnet 9-2 u. 3-5 Uhr. Moritzpl. 3014, 13720

Entfettungs-Tabletten
Worte „Sibaj“,
das erfolgreichste und unerschöpfliche Mittel
gegen Fettsucht.
Ohne Diätzwang.
Genießbar bei ausgeprägtem Wohlbehagen.
Pelikan-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 93
an der Charlottenstr. Zentrum 2750

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte). - Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort fettgedruckt 1 M., jedes weitere Wort 60 Pfennig. - Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

Verkäufe
Reichens Reichsstraße 2 (Dahlemer Tor) verkauft (potthilf) Herrengarderobe, Reine Bombardiere. 143R*
Wohnmöbel, Teilzahlung Bahn, Dresdenerstr. 20.
Kaputen, Hochstraße, Anonim, Donnerwölfe verkauft Gajlat, Koloniestraße 9. 152R*
Gausuche 100,- selten schönes Exemplar, außerdem Biederer Arealwils 600,-, Tiptop, Turmstr. 38. 171R*
Stausenerregend! Remisade 75,- Kostliche 60,- an, Klustafische, Robellische sowie alle anderen Pelzarten, Pelzwaren, alles an bedruckten herabgesetzten, sportlichen Sommerpreisen, Reine Bombardiere! Leibhaus! Borsigauer Straße 7. 172R*
Wohnmöbel billig! Doppelbettbezug 37,-, Rücken 11,50, Zehen 20,-, Zinletta 88,-, Wülfelstühle, Wandstühle enorm billig, Große Auswahl, Reiche Bedienung, Wohlfühlbeil! Gefährliche neumannscheil (Hofenheide), Johneergütung. 180R*
MODEL
Schlafzimmer, komplette, in Eiche, allerbeste Ausführung, garniert, mit Stoffauflagen, eichem Marmor, Stühlen usw., solange noch am Lager, 3500, 4500, 5500 Mark. Schlafzimmer-Spezialfabrik Hans Pantel, Burgstraße 27 (Bureauhaus Hofe).
Kleine Wohnung und kleine Abzahlung genügt, um sich eine komplette Wohnungseinrichtung zu beschaffen. Große Auswahl auch einzelner Möbel, Möbel, Groß, Große Franzfurterstraße 141, Invalidenstraße 5, Dammweg (Kaufl.), Siedlung 64b, Haus 1. 180R*

Viele Käufer eilen zu Ihnen
wenn Sie Ihr Kauf-Angebot unter „Kleine Anzeigen“ zur Kenntnis bringen den **Hunderttausenden Lesern** des „Vorwärts“

Gelehrter
zum fof. Antr. suchen wir einen tüchtigen in allen Zweigen der Leitungs- und Buchdruckerei erf. Gen. als 190/14*
Gelehrter
ber auch über reich. kaufm. Kenntn. verfügen muß. Angebote mit Gehaltsansprüchen erbeten. **Kilmärter Volkstempel, Straßb.**

Modelltischler
gesucht 103/5
Halleische Maschinenfabrik und Eisengießerei
Halle a. S.
Erste Schürzen-Zuidneiberin
gesucht.
Zur Leitung der Schürzenabteilung wird von unserer Fabrik in der Schürzen-Industrie tüchtige Zuidneiberin, besitzend eine vollständige Kollektion selbständig zu machen, per bald gesucht.
Kenntnisse der Frauen- und Damen-Wäscheherstellung erwünscht. Kostliche Muster unter Angabe des Alters der Gehaltsansprüche, des Eintrittstermines, Neuzugang unter Beiliegung von Zeugnisstücken und Photo unter F. 88, 4199 an **Rudolf Hoffe, Soben-Daben, erwinigt.** 102/10*